

Nr. 10

**Wolfgang Kerler:**

Zwei Seiten einer Medaille

Der Islamunterricht in Berlin und Erlangen im Vergleich

Erlangen, März 2008

**ISSN-Nr.: 1434-5218**

**Herausgeber der Reihe:**

Zentralinstitut für Regionalforschung  
Bismarckstraße 1  
D- 91054 Erlangen  
Tel: ++49-(0)9131/8522368  
Fax: ++49-(0)9131/8522028

e-mail: [pabendel@phil.uni-erlangen.de](mailto:pabendel@phil.uni-erlangen.de)

[www.regionalforschung-erlangen.de](http://www.regionalforschung-erlangen.de)

## Grußwort

Als Oberbürgermeister der Stadt Erlangen ist es mir eine große Freude, Herrn Wolfgang Kerler zu dem großartigen Erfolg beim Studierenden-Wettbewerb „Muslime in Deutschland – deutsche Muslime“ gratulieren zu dürfen.

Aus Erlanger Sicht ist der Preis gleich in doppelter Hinsicht wertvoll. Es ist nicht allein die Tatsache, dass Herr Kerler als Preisträger die Fahne unserer Universität hochhält, mit seiner Arbeit greift er ein Thema auf, das in Erlangen zu den Kernthemen kommunaler Integrationsarbeit zählt: die Wahrung religiöser und kultureller Identität unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Mit Stolz können wir in diesem Zusammenhang auf unser neues Leitbild der Stadt Erlangen verweisen, das von einem großen gesellschaftlichen und politischen Konsens getragen wird. Darin heißt es: „Jeglichen Formen von Rassismus und Diskriminierung tritt die Stadt Erlangen mit Entschiedenheit entgegen. Im Rahmen der geltenden Gesetze und individuellen Rechte garantiert sie allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Wahrung ihrer religiösen und kulturellen Identität“.



Ein Leitbild muss natürlich gelebt werden. Der besondere Vorteil Erlangens ist das breite bürgerschaftliche Engagement, für das ich außerordentlich dankbar bin. So haben die Islamische Religionsgemeinschaft Erlangen, der Ausländer/innenbeirat, aber auch die Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft gemeinsam mit vielen anderen Interessierten dazu beigetragen, das Projekt „Muslimischer Religionsunterricht“ zu initiieren, zu konzipieren und in die Tat umzusetzen. Hinzu kamen die einvernehmliche Unterstützung des Stadtrats, die Hilfe auf Landesebene sowie die Kooperation mit der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, die das Projekt zu einem großen Erfolg gemacht haben.

Über ein hohes Lob für unsere Bemühungen um die Integration unserer ausländischen Zuzügler durften wir uns erst kürzlich freuen. Bei seinem Besuch in der Hugenottenstadt bezeichnete der Bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein Erlangen als modellhaft in Sachen Toleranz und Achtung des Islam. Diese Wertschätzung soll uns ein steter Ansporn sein, denn Integration ist ein permanenter Prozess, der ständig lebendig gestaltet werden will.

Unseren erfolgreichen Weg des Dialogs und des Miteinanders wollen wir auch in Zukunft mit vereinten Kräften weiter gehen.

A handwritten signature in black ink, consisting of a long, sweeping horizontal stroke that curves upwards and ends in a small loop with a dash.

Dr. Siegfried Balleis  
Oberbürgermeister

## Vorwort

Wolfgang Kerlers Schrift entstand im Wintersemester 2006/07 im Rahmen des Proseminars “Migrations- und Integrationspolitik” am Institut für Politische Wissenschaft der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Neben den europäischen, nationalen und regionalen Politiken verfolgten die Studierenden intensiv die Entwicklungen auf jener Ebene, auf der anerkanntermaßen die größten Integrationsleistungen erbracht werden müssen: die Ebene der Kommunen. Hier finden Sprachförderung, Bildung und Ausbildung, die Integration in den Beruf, in die Vereine und Verbände, die politische Mitwirkung und in das Wohnumfeld und nicht zuletzt die Art und Weise der Religionsausübung statt.

Gerade auch die Frage, wie religiöse Integration am besten bewerkstelligt werden kann, hat in den vergangenen Jahren ganz unterschiedliche Lösungsansätze hervorgebracht: Die Deutsche Islamkonferenz, in der nicht allein religiöse Praktiken diskutiert wurden, sondern in der es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern um die gesamte Gesellschaftsordnung und die Werte ging, um die Religion im Verfassungsverständnis und um die Rolle von Wirtschaft und Medien bei der Vermittlung dieser Fragen, zeigte das umfassende Feld, das zu beackern wir gerade erst begonnen haben.

Wolfgang Kerler hat sich für seine Untersuchung ein Element religiöser Integration in zwei ganz unterschiedlichen Kommunen herausgegriffen: den muslimischen Religionsunterricht in Erlangen und Berlin. Mit der Methode der *most different cases* sucht er zu erklären, warum bei ähnlicher Zielsetzung – eben der religiösen Integration durch muslimischen Religionsunterricht – die Ergebnisse in den beiden Gemeinden so gänzlich unterschiedlich ausgefallen sind und nähert sich über die unterschiedlichen Kontextvariablen vorsichtigen Schlussfolgerungen und Prognosen.

Die vorliegende Schrift wurde in dem vom Bundesministerium des Inneren (BMI) ausgeschriebenen Wettbewerb „Muslime in Deutschland – deutsche Muslime“ preisgekrönt. Sie erhielt den zweiten Preis (erster Preis nicht vergeben) in der Kategorie „wissenschaftliche Arbeit“.<sup>1</sup> Zu diesem Preis und für sein engagiertes wissenschaftliches und persönliches Interesse an der Verbesserung der Integration vor Ort gratuliere ich Herrn Kerler, auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen des Instituts für Politische Wissenschaft, ganz herzlich.

---

1

[http://www.bmi.bund.de/cln\\_028/nn\\_164630/Internet/Content/Themen/Politische\\_\\_Bildung/DatenundFakten/Preistraeger\\_\\_Studierendenwettbewerb\\_\\_2007.html](http://www.bmi.bund.de/cln_028/nn_164630/Internet/Content/Themen/Politische__Bildung/DatenundFakten/Preistraeger__Studierendenwettbewerb__2007.html), zuletzt abgefragt: 21. Januar 2008.

Für die Veröffentlichung wurde sie überarbeitet und aktualisiert. Dabei waren die Mitarbeiterinnen des Zentralinstituts für Regionalforschung, Marianne Haase und Christine Scharf, sehr behilflich. Ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Erlangen, den 11. März 2008

PD Dr. Petra Bendel,  
Zentralinstitut für Regionalforschung  
Universität Erlangen-Nürnberg

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	9
2. Der Islamunterricht in Erlangen .....	10
2.1 Die rechtlichen Grundlagen .....	10
2.2 Die Ausgestaltung des Islamunterrichts in Erlangen .....	10
2.3 Die muslimische Bevölkerung in Erlangen.....	12
2.4 Der Trägerverein: Die Islamische Religionsgemeinschaft Erlangen .....	13
2.5 Die politischen Akteure.....	15
2.6 Die Beteiligung anderer gesellschaftlicher Gruppen .....	17
3. Der Islamunterricht in Berlin .....	18
3.1 Die rechtlichen Grundlagen .....	18
3.2 Die Ausgestaltung des Islamunterrichts in Berlin.....	19
3.3 Die muslimische Bevölkerung in Berlin .....	20
3.4 Der Trägerverein: Die Islamische Föderation Berlin.....	21
3.5 Die politischen Akteure.....	23
3.6 Die Beteiligung anderer gesellschaftlicher Gruppen .....	25
4. Einflussfaktoren auf die unterschiedlichen Ergebnisse.....	26
4.1 Gegenüberstellung der unterschiedlichen Ausgestaltungen des Islamunterrichts .....	26
4.2 Die rechtlichen Grundlagen .....	27
4.3 Die muslimische Bevölkerung .....	27
4.4 Die Trägervereine.....	28
4.5 Die politischen Akteure.....	29
4.6 Die Beteiligung anderer gesellschaftlicher Gruppen .....	30
4.7 Zusammenfassung.....	30
5. Ausblick: Entwicklung des Islamunterrichts in Berlin und Erlangen .....	31
6. Verzeichnis der verwendeten Literatur .....	33
7. Anhang .....	37





## 1. Einleitung

Nicht erst seit der vom Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble im Jahr 2006 einberufenen Deutschen Islamkonferenz ist die Integration von Menschen muslimischen Glaubens ein zentrales gesellschaftliches Thema in Deutschland. Viele Möglichkeiten zur Förderung der Integration werden immer wieder genannt, eine davon ist der so genannte Islamunterricht, also islamischer Religionsunterricht an deutschen Schulen. In mehreren Bundesländern gibt es bereits derartige Projekte, zum Beispiel in Baden-Württemberg oder in Nordrhein-Westfalen. In beiden Bundesländern läuft der Islamunterricht unter staatlicher Koordination. Genauso ist es mit dem ersten Modellprojekt in Bayern, dem Islamunterricht an einer Erlanger Grundschule. Im Gegensatz dazu steht der in Berlin angebotene islamische Religionsunterricht; er wird nach langem Rechtsstreit durch eine Religionsgemeinschaft, die Islamische Föderation Berlin, weitgehend ohne staatliche Kontrolle angeboten.

Gerade die Betrachtung der beiden zuletzt genannten Beispiele zeigt, dass Islamunterricht nicht zwangsläufig eine Maßnahme zur besseren Integration ist. Die vorliegende Arbeit untersucht den Prozess bis zur Einführung des Islamunterrichts und die Einflussfaktoren, die dazu führten, dass in Berlin und Erlangen trotz des gleichen Ziels eines islamischen Religionsunterrichts zwei in ihrer Ausführung so unterschiedliche Ergebnisse entstanden.

Ausgehen werde ich bei meinem Vergleich jeweils von der rechtlichen Grundlage, die in Erlangen, also in Bayern, beziehungsweise in Berlin besteht. Da Berlin rechtlich einen Sonderfall innerhalb der Bundesrepublik darstellt, werde ich zunächst den rechtlichen „Regelfall“ und die Ausgestaltung des Islamunterrichts in Erlangen darstellen, wobei ich die einzelnen Einflussfaktoren untersuche, die zum vorliegenden Ergebnis geführt haben. Anschließend folgt die genauere Betrachtung des Berliner Islamunterrichts nach den gleichen Kriterien. In einem weiteren Abschnitt der Arbeit vergleiche ich die für Erlangen und Berlin gesammelten Ergebnisse und versuche damit die Fragestellung der Arbeit zu beantworten. Abgeschlossen wird die Untersuchung durch einen Ausblick auf die weitere Entwicklung des Islamunterrichts in den beiden Städten.

## **2. Der Islamunterricht in Erlangen**

### **2.1 Die rechtlichen Grundlagen**

Für die meisten Bundesländer in Deutschland, mit Ausnahme von Berlin und Bremen, regelt Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes die Bestimmungen über den bekenntnisorientierten Religionsunterricht an staatlichen Schulen. Entscheidend für das Thema dieser Arbeit ist dabei vor allem folgender Absatz: „Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt.“<sup>2</sup> Das bedeutet, dass – anders als bei den anderen Schulfächern – der Religionsunterricht in Kooperation zwischen dem Staat und einer oder mehreren Religionsgemeinschaften erfolgt.

Allerdings ist anzumerken, dass die Verfasser des Grundgesetzes wohl vor allem die christlichen Kirchen gemeint hatten, als sie von Religionsgemeinschaften sprachen.<sup>3</sup> Da es im Islam jedoch keine den christlichen Kirchen vergleichbaren Organisationsstrukturen mit jeweils nur einem einzigen Ansprechpartner pro Konfession gibt, ist das größte Problem bei der Durchführung eines islamischen Religionsunterrichts das Finden einer Religionsgemeinschaft, wie sie das Grundgesetz vorsieht. Diese Gemeinschaft muss zwar nicht eine einzige, einheitliche sein, sie darf aber auch kein reines Zweckbündnis sein, um Religionsunterricht zu erteilen. Stattdessen muss sie „einer allseitigen Erfüllung der Aufgaben der Religionszugehörigen dienen.“<sup>4</sup> Weitere mögliche Kriterien sind eine ausreichende Repräsentativität und die Verfassungstreue der Religionsgemeinschaft.<sup>5</sup>

Dass im Falle des Erlanger Islamunterrichts keine muslimische Vereinigung als Ansprechpartner im Sinne des Grundgesetzes angesehen wurde, wird im Folgenden näher behandelt.

### **2.2 Die Ausgestaltung des Islamunterrichts in Erlangen**

Im Schuljahr 2003/2004 startete an der Erlanger Grundschule an der Brucker Lache der erste bayerische Modellversuch eines „Islamunterrichts“. Der Unterricht wird bewusst nicht als

---

<sup>2</sup> Artikel 7 Absatz 3 Grundgesetz

<sup>3</sup> Vgl. Rohe, Mathias: Spezifische Rechtsprobleme des islamischen Religionsunterrichts in Deutschland, in: Bauer, Thomas/Kaddor, Lamya/Strobel, Katja (Hrsg.): Islamischer Religionsunterricht. Hintergründe, Probleme, Perspektiven (Veröffentlichungen des Centrums für Religiöse Studien Münster 1), Münster 2004, S. 79.

<sup>4</sup> Rohe: Spezifische Rechtsprobleme des islamischen Religionsunterrichts in Deutschland, S. 81.

<sup>5</sup> Vgl. Rohe: Spezifische Rechtsprobleme des islamischen Religionsunterrichts in Deutschland, S. 80ff.

„islamische Religionslehre“ bezeichnet, da es sich noch nicht um die im Artikel 7 des Grundgesetzes vorgesehene Stufe des Religionsunterrichts handelt, bei der der Staat die Aufsicht behält, eine Religionsgemeinschaft aber den Inhalt des Unterrichts bestimmt.<sup>6</sup> In Erlangen wird der Unterricht staatlich durchgeführt, allerdings in Kooperation mit der Islamischen Religionsgemeinschaft Erlangen (IRE). Dieser Zusammenschluss von Erlanger Muslimen wird vom Bayerischen Kultusministerium nicht offiziell als Religionsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes anerkannt, allerdings als Ansprechpartner für die Durchführung des Islamunterrichts akzeptiert.<sup>7</sup> Den Lehrplan des Islamunterrichts in Erlangen erstellte eine Kommission des Kultusministeriums, deren Mitglieder durch das Ministerium selbst und die Islamische Religionsgemeinschaft Erlangen bestimmt wurden.

Die Unterrichtssprache des Erlanger Modellprojekts ist deutsch. Inhaltlich geht es im Islamunterricht für die Grundschule darum, Grundkenntnisse über den Islam als Religion und als Lebensweise zu vermitteln. Der Lehrplan ist dabei auf die spezielle Situation der muslimischen Kinder in Deutschland zugeschnitten. Die Unterrichtsinhalte lassen sich acht Themenbereichen zuordnen: Glaubenslehre, Gebet, Religiöses Leben, Mohammed, Koran, Propheten sowie Zusammenleben und andere Religionen.<sup>8</sup> Remzi Güneysu, Vorsitzender der IRE, sieht die Aufgabe des Islamunterrichts darin, einen erzieherischen Beitrag zur Integration auf der Basis des Grundgesetzes und der bayerischen Verfassung zu leisten.<sup>9</sup>

Der Erlanger Islamunterricht unterscheidet sich wesentlich von der seit Mitte der 1980er Jahre in Bayern angebotenen „Religiösen Unterweisung türkischer Schüler muslimischen Glaubens“. Dieses Angebot für die Jahrgangsstufen eins bis fünf erfolgt in enger Kooperation zwischen dem Freistaat Bayern und der Türkei, aus der ein Teil der Lehrkräfte und die Lehrpläne stammen. Die Lehrpläne wurden für den Unterricht in Bayern modifiziert. Im Schuljahr 2005/2006 besuchte etwa ein Drittel der in Frage kommenden türkischen Schüler die „Religiöse Unterweisung“. Der große Unterschied zum Erlanger Islamunterricht liegt darin, dass die Unterweisung vom Staat alleine angeboten wird; es handelt sich deshalb eher um ein weltanschaulich neutrales Fach und ist damit mit dem Fach Ethik vergleichbar.<sup>10</sup> In Erlangen hingegen kooperiert das Kultusministerium mit der Religionsgemeinschaft; der Unterricht dort ist klar bekenntnisorientiert und weist damit konzeptionell Ähnlichkeiten zum christlichen Reli-

---

<sup>6</sup> Vgl. Güneysu, Remzi: Integration in Erlangen. Modellversuch islamischer Religionsunterricht, in: Bendel, Petra / Hildebrand, Mathias (Hrsg.): Integration von Muslimen (Schriftenreihe des Zentralinstituts für Regionalforschung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Band 1), München 2006, S. 214.

<sup>7</sup> Vgl. Dietrich: Islamischer Religionsunterricht, S. 121f.

<sup>8</sup> Vgl. Seiser, Ulrich / Schütz, Dieter: Islamische Religion im schulischen Unterricht: Bayern, in: Bock, Wolfgang (Hrsg.): Islamischer Religionsunterricht? Rechtsfragen, Länderberichte, Hintergründe (Religion und Aufklärung 13), Tübingen 2006, S. 89ff.

<sup>9</sup> Vgl. Güneysu: Integration in Erlangen, S. 210.

<sup>10</sup> Vgl. Seiser und Schütz: Islamische Religion im schulischen Unterricht: Bayern, S. 86 – 89.

gionsunterricht auf.<sup>11</sup> Der Erlanger Islamunterricht ist dennoch kein ordentlicher Religionsunterricht laut Grundgesetz, da die Teilnahme am Unterricht freiwillig ist und eine Anmeldung erforderlich ist – bei ordentlichem Unterricht gilt bereits eine Nicht-Abmeldung als Anmeldung.<sup>12</sup>

Bei der Bewertung des Modellprojekts Islamunterricht in Erlangen sieht Remzi Güneysu sowohl die religiösen Kernanliegen der Muslime erfolgreich umgesetzt als auch das Sicherheitsbedürfnis der staatlichen Seite in Form des Bayerischen Kultusministeriums, das fundamentalistische Inhalte eines islamischen Unterrichts verhindern will.<sup>13</sup> Remzi Güneysu berichtet außerdem von einem verbesserten Klima unter den Kindern, seit der Islamunterricht eingeführt wurde – was für eine bessere Integration der muslimischen Schüler spricht.<sup>14</sup>

Nicht vernachlässigen will ich an dieser Stelle allerdings, dass es durchaus auch kritische Stimmen zum Islamunterricht in Erlangen gibt. Die Leiterin des staatlichen Schulamts Erlangen, Berta Nonhoff, spricht sich gegen das Modellprojekt aus, da es zu Insellösungen führe und eine einheitliche Lösung in Bayern unmöglich mache.<sup>15</sup>

Im folgenden Teil der Arbeit soll nun geklärt werden, welche Faktoren zu dem bestehenden Ergebnis des Islamunterrichts in Erlangen führten. Unter der Annahme, dass eine in die Gesellschaft integrierte islamische Religionsgemeinschaft besonderes Interesse an einem die Integration fördernden Islamunterricht haben müsste, wird ein Schwerpunkt der Untersuchung auf dem Verhältnis der Gemeinschaft zu anderen Akteuren wie Staat, Politik oder Kirchen liegen.

### **2.3 Die muslimische Bevölkerung in Erlangen**

In Erlangen wohnten im September 2003, also zu Beginn des Schuljahres 2003/2004, 102.490 Menschen.<sup>16</sup> Genaue Angaben, wie viele Bewohner davon muslimischen Glaubens waren, gibt es nicht. Da keine muslimische Organisation existiert, die in ihrer Organisationsstruktur den christlichen Kirchen ähnlich ist und die besteuert wird, kann die Zugehörigkeit zum Islam statistisch nicht erfasst werden. Alle Angaben über die muslimische Bevölkerung basieren daher auf Schätzungen. Ihnen zu Folge leben in Erlangen etwa 3.500 Muslime, von denen zwischen 2.500 und 3.000 türkischen Ursprungs sind. Insgesamt bestehen in der Stadt elf

---

<sup>11</sup> Vgl. Dietrich: Islamischer Religionsunterricht, S. 121.

<sup>12</sup> Vgl. Dietrich: Islamischer Religionsunterricht, S. 122.

<sup>13</sup> Vgl. Güneysu: Integration in Erlangen, S. 213.

<sup>14</sup> Vgl. Gespräch mit Remzi Güneysu, Anhang S. 30.

<sup>15</sup> So schilderte es Berta Nonhoff mir gegenüber in einem Telefoninterview am 19. Februar 2007.

<sup>16</sup> Vgl. Stadt Erlangen, Abteilung Statistik und Controlling: Statistik Aktuell. Vierteljahresbericht 3/2003, S. 2.

muslimische Vereine, die sich auch um religiöse Belange kümmern. Der Organisationsgrad Erlanger Muslime ist jedoch eher gering.

In der 1999 gegründeten und im Weiteren noch näher erläuterten Islamischen Religionsgemeinschaft Erlangen (IRE), die sich für den Islamunterricht einsetzte, hat keiner der muslimischen Vereine eine dominierende Stellung, da alle mit Mitgliedern in der IRE vertreten sind.<sup>17</sup> Diese heterogene Zusammensetzung war eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Religionsgemeinschaft als Ansprechpartner von anderen gesellschaftlichen Gruppen und der öffentlichen Verwaltung akzeptiert wurde.<sup>18</sup>

Zwischen 600 und 700 muslimische Kinder besuchen Erlanger Grundschulen.<sup>19</sup> Eine Besonderheit hierbei ist das heterogene Herkunftsprofil der muslimischen Schüler und Schülerinnen. Anders als in anderen Städten sind in Erlangen viele muslimische Kinder nicht-türkischen Hintergrundes. Deshalb war es unproblematisch, sich auf Deutsch als Unterrichtssprache zu einigen.<sup>20</sup>

## **2.4 Der Trägerverein: Die Islamische Religionsgemeinschaft Erlangen**

1996 trat auf Initiative des damaligen Erlanger Oberbürgermeisters Dr. Dietmar Hahlweg, SPD, zum ersten Mal die „Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft“ zusammen. Ziel war und ist es, das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen zu verbessern und insbesondere Probleme der Muslime bei der Ausübung ihrer Religion zu lösen. Der Arbeitsgemeinschaft gehören neben Hahlweg Vertreter der Universität, der christlichen Kirchen und der islamischen Vereine an.<sup>21</sup> Eine Studie im Auftrag des Ausländerbeirats und in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft, dem städtischen Schulamt und der ortsansässigen Universität bescheinigte, dass an einigen Erlanger Schulen mit hohem Anteil von muslimischen Schülern Bedarf an islamischem Religionsunterricht bestand. Ein Antrag an das bayerische Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung mit der Bitte um Erstellung entsprechender Lehrpläne wurde mit dem Hinweis auf einen fehlenden Ansprechpartner in Form einer islamischen Religionsgemeinschaft abgelehnt.<sup>22</sup> Daraufhin gründete Remzi Güneysu 1999 die IRE als

---

<sup>17</sup> Die Angaben über die Zahl und die Organisation der Muslime in Erlangen stammen von Remzi Güneysu, aus einem Telefonat vom 9. April 2007.

<sup>18</sup> Vgl. [http://www.welt.de/print-wams/article112229/Islam-Unterricht\\_foerdern.html](http://www.welt.de/print-wams/article112229/Islam-Unterricht_foerdern.html) (aufgerufen am 29.3.2007).

<sup>19</sup> Vgl. Gespräch mit Remzi Güneysu, Anhang S. 29.

<sup>20</sup> Vgl. Dietrich: Islamischer Religionsunterricht, S. 122 (Fußnote 590).

<sup>21</sup> Vgl. Güneysu: Integration in Erlangen, S. 211 und [http://www.erlangen.de/de/desktopdefault.aspx/tabid-343/745\\_read-2396/](http://www.erlangen.de/de/desktopdefault.aspx/tabid-343/745_read-2396/) (Aufgerufen am 1.4.2007).

<sup>22</sup> Vgl. Dietrich: Islamischer Religionsunterricht, S. 123.

eingetragenen Verein mit dem Ziel, islamischen Religionsunterricht einzuführen. Entsprechend stellte die IRE einen Antrag beim Kultusministerium.<sup>23</sup> Das Ministerium lehnte den Antrag zunächst nicht ab, wollte aber „Insel-Lösungen“ vermeiden und stattdessen auf eine bayernweite Lösung hinarbeiten. Deswegen berief das Kultusministerium im Auftrag des Bayerischen Landtags einen Runden Tisch ein, der sich aus Vertretern der muslimischen Dachverbände und der Islamischen Religionsgemeinschaft Erlangen zusammensetzte. Bis auf die DITIB, der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion, die der türkischen Regierung unterstellt ist und als größter islamischer Dachverband in Europa gilt,<sup>24</sup> folgten alle relevanten Gruppierungen der Einladung. Als Folge der Gespräche schlossen sich die beteiligten Organisationen im August 2001 zur Islamischen Religionsgemeinschaft Bayern (IRB) zusammen und stellten einen Antrag auf Einführung von Religionsunterricht gemäß Artikel 7 Absatz 3 GG.<sup>25</sup>

Das Kultusministerium lehnte den Antrag der IRB ab, da es die Gemeinschaft nicht als legitimierte Partner anerkannte. Hauptkritikpunkte waren Bedenken gegenüber der Verfassungstreue von Gründungsmitgliedern sowie die Organisationsstruktur, die nicht den juristischen Anforderungen an eine Religionsgemeinschaft genüge.<sup>26</sup> Remzi Güneysu jedoch vermutet in der Nicht-Teilnahme der DITIB den Hauptgrund für die Ablehnung durch das Ministerium.<sup>27</sup> Ein gerichtlicher Streit zwischen IRB und dem Kultusministerium endete im Mai 2003 damit, dass die IRB sich bereit erklärte, ihre Klage und den Antrag zurückzuziehen, dies jedoch nur unter der Bedingung, dass dem Antrag der Islamischen Religionsgemeinschaft Erlangen vom Dezember 1999 auf Erteilung von islamischem Religionsunterricht stattgegeben würde.<sup>28</sup> So kam es schließlich dazu, dass im Schuljahr 2003/2004 das Modellprojekt Islamunterricht an der Grundschule Brucker Lache begann und zwar in Form einer Kooperation zwischen dem Freistaat Bayern und der Islamischen Religionsgemeinschaft Erlangen. Alle muslimischen Schüler an der Grundschule haben sich für die Teilnahme am Islamunterricht entschieden.<sup>29</sup> Wie hat nun die IRE dazu beigetragen, dass Islamunterricht eingeführt wurde? Zunächst einmal ist wichtig, dass die Religionsgemeinschaft primär mit dem Ziel gegründet wurde, islamischen Religionsunterricht in Erlangen zu ermöglichen. Da dies von allen Mitgliedern der Christlich-Islamischen Arbeitsgemeinschaft unterstützt wurde, bestand von Anfang an ein

---

<sup>23</sup> Vgl. Dietrich: Islamischer Religionsunterricht, S. 182 – 185 und Gespräch mit Remzi Güneysu, Anhang S. 27.

<sup>24</sup> Vgl. Marschke, Britta: Religionsunterricht und interkulturelle Erziehung. Situation und Perspektiven für Kinder und Jugendliche aus türkischen Migrantenfamilien, Osnabrück 2003, S. 223.

<sup>25</sup> Vgl. Dietrich: Islamischer Religionsunterricht, S. 179 – 182.

<sup>26</sup> Vgl. Dietrich: Islamischer Religionsunterricht, S. 99.

<sup>27</sup> Vgl. Gespräch mit Remzi Güneysu, Anhang S.27.

<sup>28</sup> Vgl. Dietrich: Islamischer Religionsunterricht, S. 99f.

<sup>29</sup> Vgl. Gespräch mit Remzi Güneysu, Anhang S. 29.

gemeinsames Ziel von Oberbürgermeister, Kirchen, Universität und den Muslimen in der Stadt. Auf die breite Unterstützung der Erlanger Akteure konnten die Muslime schließlich auch bei der Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium bauen. So konnte am Ende eine gemeinsame Lösung für Erlangen gefunden wurde.

Auch die Ausrichtung der IRE auf rein religiöse Interessen und Ziele war Voraussetzung dafür, dass sowohl Politiker, Kirchen und auch die Universität das Projekt Islamunterricht unterstützten. Die IRE bekennt sich klar zum Grundgesetz der Bundesrepublik, ist nicht politisch ausgerichtet, verfügt auch über keine Kontakte zu ausländischen Parteien oder Staaten und kann so auch den Ängsten muslimischer Eltern entgegenreten, die hinter islamischen Vereinigungen oftmals primär politische Motive vermuten.<sup>30</sup>

Schließlich ist wohl auch die Tatsache, dass die ideelle Unterstützung der Gemeinschaft und ihrer Ziele durch die schiitischen und sunnitischen Erlanger Muslime<sup>31</sup> bei nahezu 100 Prozent liegt, so Remzi Güneysu von der IRE, ein Beitrag, den die IRE zur Einrichtung des Modellprojekts beisteuern konnte. Die Mitglieder der Religionsgemeinschaft sind zwar in der Mehrheit türkischen Ursprungs, aber auch viele andere Ursprungsnationalitäten sind vertreten.<sup>32</sup> Ohne diese breite Unterstützung durch die Muslime wäre eine Akzeptanz als Ansprechpartner (wenn nicht offiziell, so zumindest inoffiziell) durch das Kultusministerium nur schwer denkbar gewesen.

## 2.5 Die politischen Akteure

Die Idee des Islamunterrichts in Erlangen stieß von Anfang an auf breite Unterstützung durch politische Akteure. In der Christlich-Islamischen Arbeitsgemeinschaft förderte der damalige Erlanger Oberbürgermeister Dr. Dietmar Hahlweg, SPD, das Projekt. Auch sein Nachfolger, Dr. Siegfried Balleis, CSU, unterstützte die Umsetzung des Islamunterrichts durch Briefe an den Bayerischen Landtag und das Kultusministerium.<sup>33</sup> Überhaupt spricht Remzi Güneysu von sehr guten Kontakten zur Stadtspitze und insbesondere zum Ausländerbeirat, die der Christlich-Islamischen Arbeitsgemeinschaft zu verdanken sind.<sup>34</sup>

Auch auf Landesebene unterstützten Vertreter aller politischen Lager das Vorhaben, islamischen Religionsunterricht einzuführen. Namentlich erwähnte Remzi Güneysu hier die Land-

---

<sup>30</sup> Vgl. Dietrich: Islamischer Religionsunterricht, S. 183.

<sup>31</sup> Die alevitischen Muslime waren laut Remzi Güneysu nicht an einer Zusammenarbeit im Bereich des Islamunterrichts interessiert, vgl. dazu Gespräch mit Remzi Güneysu, Anhang S. 27.

<sup>32</sup> Vgl. Dietrich: Islamischer Religionsunterricht, S. 184f.

<sup>33</sup> Vgl. Gespräch mit Remzi Güneysu, Anhang S.28.

<sup>34</sup> Vgl. Remzi Güneysu: Integration in Erlangen, S. 212 und Gespräch mit Remzi Güneysu, Anhang S.28.

tagsabgeordneten Joachim Herrmann, CSU, und Wolfgang Vogel, SPD. Eine wichtige Rolle spielte auch Ludwig Spaenle, CSU, als Vorsitzender des Hochschul- und Kulturausschusses des Landtags, der in dieser Funktion die Lehrerausbildung durch die Universität Erlangen-Nürnberg sicherte.<sup>35</sup> Darüber hinaus bestand auf Landesebene genereller Konsens darüber, dass Islamunterricht nach Artikel 7 Absatz 3 Grundgesetz langfristig ein Mittel zur besseren Integration der Muslime in Bayern sei. Dies zeigt ein Antrag aller Fraktionen des Bayerischen Landtags vom 26.10.2000, also der CSU-, SPD- und Grünen-Fraktion. Der Landtag forderte in seinem Antrag die bayerische Staatsregierung unter anderem dazu auf, einen Runden Tisch zum Thema „Islamischer Religionsunterricht“ einzuberufen, das bisher bestehende Angebot der „Islamischen Unterweisung“ auszubauen und Rahmenkonzepte für Modellversuche eines weitergehenden islamischen Religionsunterrichts auf regionaler Ebene zu erstellen. Stehe ein derartiges Konzept, so sollten Modellversuche eingerichtet werden, namentlich wurden Erlangen und München als mögliche Orte genannt.<sup>36</sup>

Eine wichtige Rolle im gesamten Entwicklungsprozess spielte auch das bayerische Kultusministerium, wobei dessen Vorgehen weitgehend auf den Antrag des Landtags zurückzugehen scheint: Das Einberufen eines Runden Tisches sowie die Genehmigung des Erlanger Modellprojekts, nachdem die Einführung des Islamunterrichts in ganz Bayern zunächst gescheitert war, sind Bestandteil des Antrags des Landtags. Dennoch scheint das Verhalten des Kultusministeriums insgesamt stark auf den Aspekt ausgerichtet, den Staat vor einer möglichen Gefahr durch islamistische Tendenzen zu schützen. Darauf weist zum Beispiel die Skepsis, die das bayerische Kultusministerium der Islamischen Religionsgemeinschaft Bayern entgegengebracht hat, hin oder, dass auch die IRE vom Kultusministerium offiziell nicht als Ansprechpartner im Sinne des Grundgesetzes akzeptiert wurde.

Zusammenfassen lässt sich der Beitrag der politischen Akteure zum Gelingen des Islamunterrichts in Erlangen folgendermaßen: Durch die Zusammenarbeit in der Christlich-Islamischen Arbeitsgemeinschaft und auch darüber hinaus bestand von Anfang an Unterstützung für islamischen Religionsunterricht in Erlangen durch lokale politische Akteure, wie zum Beispiel die beiden Oberbürgermeister Hahlweg und Balleis. Damit war das Fundament für eine Unterstützung auf Landesebene geschaffen. Hier forderte der Landtag das Kultusministerium regelrecht zur Zusammenarbeit mit regionalen Zusammenschlüssen wie der IRE auf, um Modellversuche für islamischen Religionsunterricht durchzuführen. Dieser Antrag aller Landtagsfraktionen gemeinsam stellt die Basis für die Zusammenarbeit zwischen den Erlanger Muslimen und dem Kultusministerium dar.

---

<sup>35</sup> Vgl. Gespräch mit Remzi Güneysu, S.28.

<sup>36</sup> Vgl. Bayerischer Landtag: Drucksache 14/4603 vom 26.10.2000.



## 2.6 Die Beteiligung anderer gesellschaftlicher Gruppen

Bei der Beteiligung anderer gesellschaftlicher Gruppen an der Verwirklichung des Projekts „Islamunterricht“, vor allem der beiden christlichen Kirchen und der Universität, spielt wiederum die Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft eine wichtige Rolle, weil sie eine gemeinsame Plattform dieser Gruppen und der Erlanger Muslime zur Verfügung stellte. Remzi Güneysu erwähnt außerdem die positive Begleitung durch die Medien.<sup>37</sup>

Als günstig für die Idee des Islamunterrichts erwies sich vor allem die Kooperation mit der Universität Erlangen-Nürnberg. Von Anfang an konnte das Projekt wissenschaftlich begleitet werden; sei es durch Mitgestaltung des Lehrplans in der Lehrplankommission oder durch die Entwicklung einer Hochschulausbildung für zukünftige Islam-Lehrer. Im Wintersemester 2002/2003 hat die Universität im Rahmen des neu gegründeten Interdisziplinären Zentrums für Islamische Religionslehre (IZIR) mit der Lehrerausbildung begonnen.

Diese wissenschaftliche Begleitung durch die Universität erweist sich aus vier wesentlichen Gründen als notwendig. Zum einen verfügte die IRE laut eigenen Angaben nicht über ausreichend wissenschaftlich geschultes Personal, um Lehrplanentwürfe und Lehrerausbildungen selbst konzipieren zu können, fand aber in der Universität einen vertrauensvollen Ansprechpartner, um dieses Problem zu lösen.<sup>38</sup> Zum anderen nahm die Universität ihre Arbeit im Bereich Islamunterricht bereits vor Beginn des Modellversuchs auf, so dass dieser nicht verzögert wurde. Für das Kultusministerium und die anderen politischen Akteure dürfte die Entscheidung, das Erlanger Modell zu unterstützen, dank der schon bestehenden wissenschaftlichen Begleitung leichter gewesen sein. Außerdem schaffte der neu konzipierte Studiengang die Voraussetzung für eine mögliche Ausweitung des Modellprojekts.

---

<sup>37</sup> Vgl. Remzi Güneysu: *Integration in Erlangen*, S. 211f.

<sup>38</sup> Vgl. Güneysu: *Integration in Erlangen*, S. 213.

### 3. Der Islamunterricht in Berlin

#### 3.1 Die rechtlichen Grundlagen

Anders als in den anderen Bundesländern regelt in Bremen und Berlin nicht Artikel 7 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) die Stellung des Religionsunterrichts als „ordentliches Lehrfach“ in den öffentlichen Schulen. Stattdessen gilt hier Artikel 141 GG, die so genannte „Bremer Klausel“: „Artikel 7 Abs. 3 Satz 1 findet keine Anwendung in einem Lande, in dem am 1. Januar 1949 eine andere landesrechtliche Regelung bestand.“<sup>39</sup> In Berlin war bereits 1948 ein Schulgesetz erlassen worden, das 1952 novelliert und 1980 erneut überarbeitet wurde. Dieses Schulgesetz blieb bis 2004 in Kraft, womit die Kontroverse über den Islamunterricht und seine Einführung noch unter den Geltungsbereich des Gesetzes von 1980 fiel. Entscheidend für den Religionsunterricht ist Paragraph 23 Absatz 1 BerlSchulG 1980, der mit Regelungen aus den älteren Versionen übereinstimmt. Demnach ist Religionsunterricht Aufgabe der Religionsgemeinschaften. Nur sie dürfen Personen beauftragen Religionsunterricht zu erteilen.<sup>40</sup> Absatz 3 Satz 1 des Paragraphen lautet: „Die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften übernehmen die Verantwortung, dass der Religionsunterricht gemäß den für den allgemeinen Unterricht geltenden Bestimmungen durchgeführt wird.“<sup>41</sup> Der Wissenschaftler Wolfgang Bock folgert aus dieser Formulierung, dass, anders als in den übrigen Bundesländern, entgegen dem grundgesetzlichen Modell der Staat oder die Schule „rechtlich kaum mehr als Unternehmer des [Religions-]Unterrichts“<sup>42</sup> bezeichnet werden können. Schulleiter und Schulaufsicht haben lediglich die Aufgabe, den äußeren Unterrichtsablauf zu regeln und die Schulordnung aufrecht zu erhalten. Dennoch übernimmt das Land einen hohen Anteil der Personalkosten des Unterrichts. Den Religionsgemeinschaften fällt die Aufsicht über den Unterricht zu. Sie übernehmen auch die Ausbildung der Lehrkräfte. Wichtig ist außerdem, dass eine Teilnahme am Religionsunterricht erst nach einer schriftlichen Anmeldung erfolgen kann.<sup>43</sup>

Trotz des großen Gestaltungsspielraums der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften bestehen auch hier bestimmte Grenzen. Allgemein werden darunter die Grund-

---

<sup>39</sup> Artikel 141 Grundgesetz („Bremer Klausel“).

<sup>40</sup> Vgl. Bock, Wolfgang: Islamischer Religionsunterricht im Lande Berlin, in: Bock, Wolfgang (Hrsg.): Islamischer Religionsunterricht? Rechtsfragen, Länderberichte, Hintergründe (Religion und Aufklärung 13), Tübingen 2006, S. 94f.

<sup>41</sup> § 23 Abs. 1 Satz 3 BerlSchulG 1980.

<sup>42</sup> Bock: Islamischer Religionsunterricht im Lande Berlin, S. 95.

<sup>43</sup> Vgl. Bock: Islamischer Religionsunterricht im Lande Berlin, S. 95.

werte der Verfassung und die im Berliner Schulgesetz festgelegten Erziehungsziele verstanden. Voraussetzung für die Unterrichtserteilung ist außerdem eine Anerkennung der Gemeinschaft durch den Staat als Religionsgemeinschaft entsprechend dem Berliner Schulgesetz. Allerdings fehlen im Gesetz konkrete Bestimmungen für den Fall, dass Konflikte zwischen Gemeinschaft und Staat entstehen sollten. Weder eine staatliche Schulaufsicht, wie sie für den grundgesetzlich geregelten Religionsunterricht besteht, noch ein Ausschluss einer Religionsgemeinschaft ist vom Gesetzgeber 1980 vorgesehen gewesen.<sup>44</sup> Diese unklare rechtliche Situation bildete dann auch den Ausgangspunkt für die gerichtliche Kontroverse um den islamischen Religionsunterricht der Islamischen Föderation Berlin (IFB).

### **3.2 Die Ausgestaltung des Islamunterrichts in Berlin**

Nach langem Rechtsstreit zwischen der Islamischen Föderation Berlin (IFB) und der Berliner Senatsschulverwaltung begann die Föderation im Schuljahr 2001/2002 mit dem Islamunterricht an zwei Berliner Grundschulen. Der Inhalt des Unterrichts wurde von der IFB allein gestaltet, eine vorher durchgeführte Prüfung des Rahmenplans durch die Senatsverwaltung war in einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts für unzulässig erklärt worden. Auch die Lehrkräfte wurden von der Islamischen Föderation ausgebildet und ausgewählt, das Land Berlin musste den Vorschlägen nachkommen. Die im ersten Schuljahr tätigen Lehrer hatten keine pädagogische Grundausbildung, die Föderation sprach dennoch von einer ausreichenden Qualifikation.<sup>45</sup> Nur auf Einladung der Lehrer ist es den Schulleitern der betroffenen Schulen erlaubt, den Islamunterricht der Föderation zu besuchen. Eine Prüfung des tatsächlichen Unterrichtsinhalts ist damit nur bedingt möglich.<sup>46</sup>

Inhaltlich sieht der Rahmenplan der Föderation in den ersten zwei Jahren die Vermittlung von Grundkenntnissen über islamische Persönlichkeiten und Ereignisse der islamischen Geschichte vor. Außerdem soll bei den Schülern auch das Bewusstsein für andere Religionen geweckt werden. Im Vordergrund der Lerninhalte der dritten und vierten Klassen stehen die islamkundliche Vermittlung von Wissen und die Arbeit mit dem Koran. Hier erhalten die Kinder auch Informationen über Rechte und Pflichten der Muslime.

Obwohl das Curriculum im Wesentlichen den Lehrplänen anderer angebotener Religionsunterrichte entspricht, sieht Britta Marschke in der genauen und regelmäßigen Beobachtung des tatsächlichen Unterrichtsgeschehens die einzige Möglichkeit zu überprüfen, ob der Unterricht

---

<sup>44</sup> Vgl. Bock: Islamischer Religionsunterricht im Lande Berlin, S. 97ff.

<sup>45</sup> Vgl. Marschke: Religionsunterricht und interkulturelle Erziehung, S. 363ff.

<sup>46</sup> Vgl. Der Tagesspiegel vom 31. August 2001: Religion in der Schule. Angst vor dogmatischer Strömung.

tatsächlich verfassungskonform gestaltet wird. Bei ihrer abschließenden Bewertung kommt die Religionspädagogin zu dem Ergebnis, dass der Islamunterricht der IFB trotz der Berücksichtigung anderer Religionen und Kulturkreise die Interkulturalität der Schüler nicht fördert.<sup>47</sup> Nach längerer Erfahrung mit dem Islamunterricht fiel auch das Urteil der Schulleiter negativ aus, da an einigen Schulen deutliche Abschottungstendenzen der muslimischen Schüler erkennbar waren: Seit Einführung des Unterrichts wollten immer mehr Eltern ihre Kinder vom gemeinsamen Sport- oder Sexualkundeunterricht abmelden. Viele Schüler blieben auch den Weihnachtsfeiern fern. Außerdem trugen immer mehr muslimische Mädchen ein Kopftuch.<sup>48</sup>

### 3.3 Die muslimische Bevölkerung in Berlin

In Berlin leben laut Schätzungen des Statistischen Landesamts etwa 210.000 Menschen mit muslimischem Glauben, was bei einer Gesamteinwohnerzahl von etwa 3,4 Millionen<sup>49</sup> einen Anteil von über 6 Prozent ausmacht. Der größte Teil der Muslime, etwa 170.000, hat seinen Ursprung in der Türkei, über 30.000 stammen aus arabischen Ländern. Über 70.000 der in Berlin lebenden Muslime besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft.<sup>50</sup> Etwa 30.000 muslimische Kinder besuchen Berliner Schulen und stellen damit 7,5 Prozent der insgesamt 400.000 Schüler dar.<sup>51</sup> Im Jahr 1999 – die Erhebung aus diesem Jahr kommt dem für die Fragestellung relevanten Zeitraum am nächsten – gab es etwa 70 Moscheevereine und Gebetsräume in der Stadt, wobei lediglich die Hälfte davon in einem der damals bestehenden vier Dachverbände organisiert war. Die großen Verbände sind Organisationen von Zugewanderten aus der Türkei.<sup>52</sup> Erst seit Ende der 1990er Jahre ist eine Entwicklung zu mehr Zusammenarbeit zwischen den Moscheevereinen und Dachverbänden auszumachen.<sup>53</sup>

Eine Umfrage unter Moscheevereinen aus dem Jahr 1998 ergab eine weitgehende Isolation der Moscheevereine von der Mehrheitsgesellschaft. 90 Prozent der Befragten gaben an, keinen oder fast keinen Kontakt zur öffentlichen Verwaltung zu haben und diejenigen, die mit öffentlichen Stellen in Verbindung standen, bewerteten ihre Kontakte meist als nicht gut. Be-

---

<sup>47</sup> Vgl. Marschke: Religionsunterricht und interkulturelle Erziehung, S. 368.

<sup>48</sup> Vgl. Die Zeit Nr. 25 vom 9. Juni 2004: Allah an der Tafel und Berliner Zeitung vom 24. Juni 2004: Koran-stunde mit Konsequenzen.

<sup>49</sup> Vgl. <http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/> (Aufgerufen am 3.4.2007).

<sup>50</sup> Vgl. Kapghan: Zugewanderte aus islamisch geprägten Ländern in Berlin, S. 19 und 24.

<sup>51</sup> Vgl. Berliner Zeitung vom 5. November 1998: Islam-Unterricht an Berliner Schulen genehmigt.

<sup>52</sup> Vgl. Spielhaus, Riem: Organisationsstrukturen islamischer Gemeinden, in: Spielhaus, Riem / Färber, Alexa (Hrsg.): Islamisches Gemeindeleben in Berlin, Berlin 2006, S. 13ff.

<sup>53</sup> Vgl. Spielhaus: Organisationsstrukturen islamischer Gemeinden, S. 12f.

dauern über diese mangelnde Kommunikation zwischen der Verwaltung und den Moscheevereinen zeigten allerdings wenige der islamischen Organisationen, weil sie sich von der deutschen Verwaltung keine Unterstützung erhofften.<sup>54</sup>

Welche möglichen Auswirkungen hatte also die Struktur und Zusammensetzung auf den Islamunterricht? Zum einen machte es eine Vielzahl von konkurrierenden Moscheevereinen und Dachverbänden schwierig, eine einheitliche Lösung des islamischen Religionsunterrichts zu finden. Die Tatsache, dass nur etwa die Hälfte der Moscheevereine und auch nur türkische Vereine überhaupt einem Dachverband angehörten, ließ den Staat in keiner Organisation einen adäquaten Ansprechpartner erkennen, was aus der Ablehnung eines Antrages der Islamischen Föderation Berlin auf die Erteilung von Religionsunterricht aus dem Jahr 1994 hervorgeht.<sup>55</sup>

### **3.4 Der Trägerverein: Die Islamische Föderation Berlin**

Der Träger des seit 2001 angebotenen Islamunterrichts in Berlin ist die Islamische Föderation Berlin. 1980 wurde die sunnitische Föderation ins Vereinsregister eingetragen. Sie setzt sich aus neun Moscheevereinen als Vollmitgliedern und sechzehn weiteren Vereinen als fördernden Mitgliedern zusammen. Die Mitglieder der einzelnen Vereine sind zugleich Mitglieder des Dachverbandes, also der IFB selbst. Unter den Organen des Vereins nimmt der Präsident des Vorstandes, ein Imam, eine sehr starke Position ein. Als Ziel der Islamischen Föderation formuliert die Organisation selbst zuallererst die Verbreitung des Wissens über den Islam, wozu auch die Erteilung von Religionsunterricht dienen soll.<sup>56</sup>

Bereits bei ihrer Gründung beantragte die IFB die Anerkennung als Religionsgemeinschaft, um damit die Berechtigung zu erhalten, islamischen Religionsunterricht zu erteilen. 1982, 1983, 1987 und 1994 lehnte das Land Berlin entsprechende Anträge ab, mit der Begründung, die IFB sei keine Religionsgemeinschaft.<sup>57</sup> Eine Klage der IFB beim Verwaltungsgericht Berlin gegen diese erneute Ablehnung durch die Senatsverwaltung wies das Gericht am 19. Dezember 1997 wiederum mit dem Hinweis darauf, dass die IFB keine Religionsgemeinschaft darstelle, ab.<sup>58</sup>

---

<sup>54</sup> Vgl. Gesemann, Frank: Chancen und Schwierigkeiten der Kommunikation zwischen Moscheevereinen und Verwaltung, in: Spielhaus, Riem / Färber, Alexa (Hrsg.): Islamisches Gemeindeleben in Berlin, Berlin 2006, S. 27.

<sup>55</sup> Vgl. Bock: Islamischer Religionsunterricht im Lande Berlin, S. 100.

<sup>56</sup> Vgl. Bock: Islamischer Religionsunterricht im Lande Berlin, S. 99f. und Marschke: Religionsunterricht und interkulturelle Erziehung, S. 362f.

<sup>57</sup> Vgl. Marschke: Religionsunterricht und interkulturelle Erziehung, S. 363.

<sup>58</sup> Vgl. Bock: Islamischer Religionsunterricht im Lande Berlin, S. 100.

Die ablehnende Haltung des Berliner Senats gegenüber der IFB ist vor allem auf verfassungsrechtliche Bedenken zurückzuführen. In einer Antwort auf eine nicht behandelte mündliche Anfrage des Grünen-Politikers Özcan Mutlu des Berliner Abgeordnetenhauses vom 9. März 2000 schilderte der damalige Senator für Inneres, Werthebach, das Vorgehen und die Vermutungen gegenüber der Islamischen Föderation. Schon zwischen 1980 und 1993 stand die IFB wegen personeller Verflechtungen mit islamisch-extremistischen Organisationen, insbesondere mit der „Vereinigung der neuen Weltansicht in Europa e.V.“ (AMGT), unter Beobachtung des Landesamtes für Verfassungsschutz. Allerdings trat die IFB seit 1993 nicht mehr im Sinne jener Vereinigungen auf. Erneute Anhaltspunkte dafür, dass die Islamische Föderation verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgen könnte, ergaben sich Ende der 1990er Jahre. Hierfür war vor allem die enge personelle und auch örtliche Verflechtung mit der als islamisch-extremistisch eingestuften Organisation „Milli Görüş“ verantwortlich. Seit Anfang 2000 begann das Landesamt für Verfassungsschutz deshalb erneut mit der Beobachtung der IFB.<sup>59</sup> Neue Dynamik gewann die Auseinandersetzung zwischen der Landesregierung und Islamischer Föderation durch zwei spätere Gerichtsurteile: Sowohl das Obergerverwaltungsgericht Berlin am 4. November 1998 als auch in letzter Instanz das Bundesverwaltungsgericht am 23. Februar 2000 bescheinigten der IFB den Status als Religionsgemeinschaft im Sinne des Berliner Schulgesetzes.<sup>60</sup> Weder während des ersten noch während des zweiten Verfahrens konnte die Berliner Senatsverwaltung die Richter davon überzeugen, dass die IFB eine politische Vereinigung mit verfassungsfeindlichen Verbindungen und Zielen sei.<sup>61</sup> Auch dem Argument, die IFB sei keine Religionsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes, widersprachen die Gerichte: Da der entsprechende Artikel des Grundgesetzes in Berlin nicht gelte, sei auch der Begriff der Religionsgemeinschaft laut Berliner Schulgesetz nicht mit dem des Grundgesetzes identisch. Stattdessen definierte das Oberste Verwaltungsgericht als Religionsgemeinschaft im Sinne des Schulgesetzes „alle zum Zweck des gemeinschaftlichen Religionsbekenntnisses nach innen und außen aufgrund übereinstimmender Auffassungen in religiöser Hinsicht dauerhaft organisierten Zusammenschlüsse von Personen.“<sup>62</sup> Diese Voraussetzung erfüllte die IFB sowohl laut Obergerverwaltungsgericht Berlin als auch entsprechend dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Am 27. April 2000 ging sodann bei der Senatsschulverwaltung der von der IFB ausgestaltete Entwurf eines Rahmenplans für islamischen Religionsun-

---

<sup>59</sup> Vgl. Mündliche Anfrage Nr. 17 des Abgeordneten Özcan Mutlu (Grüne) des Berliner Abgeordnetenhauses vom 9. März 2000.

<sup>60</sup> Vgl. Bock: Islamischer Religionsunterricht im Lande Berlin, S. 100f.

<sup>61</sup> Vgl. Der Tagesspiegel vom 24. Februar 2000: Urteil erlaubt Islamunterricht. Islamische Föderation darf an Berliner Schulen lehren.

<sup>62</sup> Bock: Islamischer Religionsunterricht im Lande Berlin, S. 100.

terricht als freiwilligem Unterrichtsfach an Grundschulen ein. Insgesamt viermal wies der Senator für Bildung den Entwurf ab. Als Begründung nannte der Senator jeweils Zweifel daran, ob bestimmte Unterrichtsinhalte, etwa die Gleichberechtigung von Mann und Frau, im Sinne des Grundgesetzes ausreichend verankert seien.<sup>63</sup> In einem Eilbeschluss vom 29. August 2001 bezeichnete das Bundesverwaltungsgericht die Einwände der Schulverwaltung als „unzulässige Einmischung in die inhaltliche Konzeption des Unterrichts.“<sup>64</sup> Damit war der Weg zur Erteilung von Islamunterricht für die IFB frei, sodass im September 2001 der Unterricht an zwei Berliner Grundschulen mit insgesamt 55 Schülern aufgenommen wurde.<sup>65</sup>

Wie ist also der Einfluss der Islamischen Föderation zu bewerten? Vor allem die bewiesene und vom Verfassungsschutz beobachtete Verflechtung mit islamisch-extremistischen Vereinigungen wie Milli Görüş, die sich für einen nach dem Islam organisierten Staat und das islamische Recht der Scharia einsetzt<sup>66</sup>, verhinderten eine Kooperation zwischen Schulverwaltung und IFB. Bei teilweise gleichen Mitgliedern und einem identischen Sitz von Milli Görüş und IFB war eine mögliche islamistische Tendenz des Religionsunterrichts aus Sicht des Landes Berlin nicht auszuschließen, auch wenn dies vor Gericht nicht ausreichend bewiesen werden konnte.<sup>67</sup>

Wie Erfahrungen von Schulleitern zeigen, scheint der von der Föderation bestimmte Unterrichtsinhalt dann tatsächlich eher zur Segregation als zur Integration der muslimischen Schüler zu führen.<sup>68</sup>

### **3.5 Die politischen Akteure**

Im Februar 2000 regierte in Berlin eine große Koalition aus CDU und SPD unter dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, CDU. Im Berliner Abgeordnetenhaus waren neben den Regierungsparteien außerdem noch die PDS und die Grünen vertreten.<sup>69</sup> Alle Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses kritisierten das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 23. Februar 2000. Einigkeit herrschte dabei vor allem in der Haltung, die Islamische Föderation sei der falsche Partner für die Erteilung eines islamischen Religionsunterrichts. Auch

---

<sup>63</sup> Vgl. Der Tagesspiegel vom 2. August 2001: Islam-Unterricht. Kein Koran im Klassenzimmer.

<sup>64</sup> Der Tagesspiegel vom 30. August 2001: Religion in der Schule. Selbst Schuld – Islamische Föderation darf in Berlin Unterricht anbieten.

<sup>65</sup> Vgl. Marschke: Religionsunterricht und interkulturelle Erziehung, S. 364.

<sup>66</sup> Vgl. Bundesministerium des Inneren: Verfassungsschutzbericht 2005, Berlin 2006, S. 215 – 222.

<sup>67</sup> Vgl. Marschke: Religionsunterricht und interkulturelle Erziehung, S. 362f.

<sup>68</sup> Vgl. Die Zeit Nr. 25 vom 9. Juni 2004: Allah an der Tafel und Berliner Zeitung vom 24. Juni 2004: Koranstunden mit Konsequenzen.

<sup>69</sup> Vgl. <http://www.statistik-berlin.de/wahlen/framesets/aghbv-1999.htm> (Aufgerufen am 6.4.2007).

Barbara John, die damalige Berliner Ausländerbeauftragte, und der Türkische Bund Berlin-Brandenburg sprachen sich gegen die Islamische Föderation als Kooperationspartner aus.<sup>70</sup> Vorschläge, wie der Religionsunterricht anders und ohne die IFB ablaufen könnte, gab es verschiedene:

Die CDU sprach sich bereits vor und wiederholt nach dem Urteil dafür aus, das Schulgesetz zu ändern und Religion sowie Ethik/Philosophie als Wahlpflichtfächer unter staatlicher Verantwortung einzuführen. Somit wäre der Islamischen Föderation die rechtliche Grundlage für die Erteilung von Islamunterricht entzogen gewesen. Im Oktober 2000 legte die CDU einen entsprechenden Gesetzesänderungsentwurf vor. Allerdings fehlte die Unterstützung von Seiten des Koalitionspartners, der SPD.<sup>71</sup> Zwar favorisierte Bildungssenator Klaus Böger, SPD, ähnlich wie die CDU auch ein Wahlpflichtangebot mit staatlichen Lehrern. Die SPD-Fraktion befürwortete allerdings vorher mehrheitlich die Sonderregelung des Berliner Schulgesetzes. Letztlich entschied sich die SPD nicht für eine grundlegende Änderung des Schulgesetzes, um die IFB aus den Berliner Schulen auszuschließen. Ein weiteres Vorhaben der SPD, den Begriff der Religionsgemeinschaft im Schulgesetz genauer zu definieren, um ein Angebot durch die IFB zu verhindern, wurde auch nicht umgesetzt.<sup>72</sup> Senator Böger verzögerte die Einführung des Islamunterrichts durch die mehrmalige Ablehnung des Rahmenplans der IFB. Am 29. August 2001 beendete das Bundesverwaltungsgericht die Prüfung durch die Senatsverwaltung mit einem Eilbeschluss, so dass der Islamunterricht der IFB im Schuljahr 2001/2002 beginnen konnte.<sup>73</sup>

Die Grünen sprachen sich gegen die Einführung eines staatlich organisierten Religionsunterrichts aus und befürworteten stattdessen ein konfessionsübergreifendes Schulfach, das den Dialog zwischen den Kindern fördere. Als Modell hierfür nannte die Partei das Fach LER, Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde, wie es in Brandenburg angeboten wird. Auch die PDS stellte sich hinter die Forderung nach einem kirchenunabhängigen, konfessionsübergreifenden Religionskundeunterricht.<sup>74</sup>

---

<sup>70</sup> Vgl. Der Tagesspiegel vom 24. Februar 2000: Urteil erlaubt Islamunterricht. „Das ist der falsche Partner“ – ablehnende Reaktionen auf das Urteil und Berliner Zeitung vom 24. Februar 2000: Senator Böger sieht keinen Präzedenzfall.

<sup>71</sup> Vgl. Der Tagesspiegel vom 24. Februar 2000: Urteil erlaubt Islamunterricht. „Das ist der falsche Partner“ – ablehnende Reaktionen auf das Urteil und Der Tagesspiegel vom 29. November 2000: Gegen Islamunterricht. Senat will mit Trick die Islamische Föderation vor der Schultür lassen.

<sup>72</sup> Vgl. Der Tagesspiegel vom 9. Dezember 2000: Islamunterricht. Jurist hält Bögers Pläne für unzulässig.

<sup>73</sup> Vgl. Der Tagesspiegel vom 30. August 2001: Religion in der Schule. Senator Böger muss Islamunterricht zulassen.

<sup>74</sup> Vgl. Der Tagesspiegel vom 24. Februar 2000: Urteil erlaubt Islamunterricht. „Das ist der falsche Partner“ – ablehnende Reaktionen auf das Urteil und Berliner Zeitung vom 24. Februar 2000: Senator Böger sieht keinen Präzedenzfall.



Im Juni 2001 kündigte die SPD die Koalition mit der CDU auf und das Abgeordnetenhaus wählte Klaus Wowereit, SPD, zum neuen Regierenden Bürgermeister. Bis zu den vorgezogenen Neuwahlen am 21. Oktober 2001 regierte er mit einem Minderheitssenat aus Grünen und SPD, nach den Wahlen in einer Koalition mit der PDS.<sup>75</sup> Gemäß den oben geschilderten Parteipositionen strebten die beiden Bündnisse in der entscheidenden Phase rund um die Einführung des Islamunterrichts der IFB keine weit reichende Änderung des Berliner Schulgesetzes in Richtung eines staatlich geregelten Religionsunterrichts an.<sup>76</sup>

Insgesamt war der Einfluss, den die politischen Akteure auf die tatsächliche Ausgestaltung des Islamunterrichts in Berlin nahmen, relativ gering. Trotz gemeinsamer Ablehnung der IFB als Veranstalterin eines solchen Unterrichts gelang es der großen Koalition nicht, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. Dafür ist vor allem die unentschlossene und uneinige Haltung der SPD verantwortlich, deren zuständiger Senator durchaus ähnliche Ziele wie die CDU verfolgte. Der Vorschlag, trotz verfassungsmäßiger Bedenken mit der IFB enger zusammenzuarbeiten, kam von keiner Partei, obwohl die Föderation schon 1998 angekündigt hatte, den Lehrplan in enger Abstimmung mit der Schulbehörde gestalten zu wollen.<sup>77</sup> Das Verhalten der Senatsverwaltung hat lediglich dazu beigetragen, die Gräben zwischen der Islamischen Föderation und dem Lande Berlin zu vertiefen, nicht aber den Rahmenplan des Unterrichts stärker gemäß den Vorstellungen der Schulbehörde zu gestalten. Falls die IFB tatsächlich verfassungsfeindliche Ziele verfolgen sollte, hat die Berliner Politik es nicht geschafft, eine Gefährdung des Staates abzuwenden.

### **3.6 Die Beteiligung anderer gesellschaftlicher Gruppen**

Sowohl die Konzeption des Rahmenplans als auch die Auswahl der Lehrer erfolgte ohne Beteiligung anderer gesellschaftlicher Gruppen wie der christlichen Kirchen oder der Berliner Universitäten.<sup>78</sup> Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im Februar 2000 unterstützten die christlichen Kirchen die Forderung, Religionsunterricht als Wahlpflichtfach einzuführen.<sup>79</sup>

---

<sup>75</sup> Vgl. [http://www.berlin.de/rbmskzl/rbm/galerie/klaus\\_wowereit.html](http://www.berlin.de/rbmskzl/rbm/galerie/klaus_wowereit.html) (Aufgerufen am 8.4.2007).

<sup>76</sup> Vgl. Berliner Zeitung vom 31. Januar 2002: Berliner Religionsstreit ohne Ende. Koalition will Status quo an den Schulen frühestens nach der Fusion regeln.

<sup>77</sup> Vgl. Berliner Zeitung vom 9. November 1998: Schulverwaltung prüft Beschwerde-Chancen. Islam-Urteil umstritten.

<sup>78</sup> Vgl. Marschke: Religionsunterricht und interkulturelle Erziehung, S. 362ff.

<sup>79</sup> Vgl. Berliner Zeitung vom 10. April 2001: Kirchen sind von der SPD enttäuscht. Die Partei will kein Wahlpflichtfach Religion.

## 4. Einflussfaktoren auf die unterschiedlichen Ergebnisse

### 4.1 Gegenüberstellung der unterschiedlichen Ausgestaltungen des Islamunterrichts

Das Erlanger Modell ist aus einer Kooperation zwischen Muslimen und der Verwaltung, aber auch anderen Gruppen wie den Kirchen oder der Universität entstanden. Allein durch diesen Prozess und die breite gesellschaftliche Streuung der Kooperationspartner ist Vertrauen zwischen den Gruppen der so genannten „Mehrheitsgesellschaft“ auf der einen und der Erlanger islamischen Gemeinden auf der anderen Seite entstanden, wie es auch Professor Behr bestätigt, wenn er davon spricht, dass von Anfang an „auf Augenhöhe“ miteinander gesprochen wurde.<sup>80</sup> Die Lehrpläne entwickelte eine Kommission des Kultusministeriums, an der neben wissenschaftlichen Vertretern der Universität Erlangen-Nürnberg und Lehrkräften auch Vertreter der IRE beteiligt waren. Der Unterricht selbst scheint nach ersten Einschätzungen tatsächlich der Integration muslimischer Kinder zuträglich zu sein. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass es sich in Erlangen noch nicht um einen „vollwertigen“ islamischen Religionsunterricht nach dem Grundgesetz, sondern bislang nur um ein lokal beschränktes Modellprojekt handelt.

Der Berliner Islamunterricht auf der anderen Seite ist kein Modellprojekt, sondern ein eigenständiges Unterrichtsfach, wie es Artikel 23 des Berliner Schulgesetzes von 1980 vorsah. Allerdings ist durch einen fast 20 Jahre andauernden Rechtsstreit kein Klima des Vertrauens wie in Erlangen geschaffen worden. Stattdessen liegen tiefe Gräben zwischen der betroffenen muslimischen Organisation IFB und der Berliner Senatsverwaltung. Der von der IFB erstellte Rahmenplan lässt keine Möglichkeit der rechtlichen Beanstandung zu. Dennoch ergab sich durch den Unterricht keine Verbesserung der Integration. Von einigen Schulen wird sogar berichtet, dass sich muslimische Schüler seit Einführung des Unterrichts stärker abspalten als vorher.

Beim folgenden Vergleich der verschiedenen Faktoren, die diese unterschiedlichen Ausgestaltungen und Wirkungen des islamischen Religionsunterrichts bedingt haben, ist eine Tatsache noch zu berücksichtigen: Der Berliner Islamunterricht wurde bereits zwei Jahre vor dem Modellprojekt in Erlangen eingeführt und die problematische Situation, die in Berlin vorherrschte, war in Erlangen bekannt. Remzi Güneysu, Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Erlangen, erklärte, dass die Arbeit am Erlanger Islamunterricht schon 1996 mit der

---

<sup>80</sup> Vgl. Gespräch mit Professor Behr, Anhang S. 34.

Gründung der Christlich-Islamischen Arbeitsgemeinschaft und somit unabhängig vom Berliner Modell begonnen hatte. Allerdings bestätigten ihn Berichte über die Lage in Berlin in seiner Einschätzung, dass der Islamunterricht unbedingt in enger Zusammenarbeit mit dem Staat gestaltet werden müsse, damit das Ziel einer besseren Integration der Muslime erreicht werden könne.<sup>81</sup> Insofern kann hier durchaus von einer Form des *policy learning* gesprochen werden.

## **4.2 Die rechtlichen Grundlagen**

Der Unterschied in der rechtlichen Situation bildet die Basis der verschiedenartigen Entwicklung in Erlangen und Berlin. Während in Berlin die Islamische Föderation lediglich darum streiten musste, als Religionsgemeinschaft im Sinne des Schulgesetzes anerkannt zu werden, um dann unter sehr geringem Einfluss der Landesregierung Islamunterricht anbieten zu können, mussten (und wollten) die Erlanger Muslime von Anfang an eine engere Kooperation mit der staatlichen Ebene anstreben, um Zugang zu den Schulen zu erhalten. Dem Sicherheitsbedürfnis des Staates räumt das Grundgesetz außerdem mehr Spielraum ein, den dieser auch nutzte. Im Falle des Erlanger Islamunterrichts zeigt sich das daran, dass das Kultusministerium zunächst auf einen lokal beschränkten Modellversuch setzte, da eine Einführung in ganz Bayern als zu risikoreich angesehen wurde. Auch wollte das Ministerium die letzte Kontrolle über den Unterricht behalten und deswegen die IRE nicht als Partner im Sinne des Grundgesetzes anerkennen.

Die rechtlich unklare Situation in Berlin, die kein konkretes Vorgehen vorsah, falls es zum Konflikt zwischen Religionsgemeinschaften und der Landesregierung käme, bildete dagegen Spielraum für die IFB, sich auch gegen den Willen der Senatsverwaltung das Recht auf die Erteilung von Religionsunterricht einzuklagen.

## **4.3 Die muslimische Bevölkerung**

Ein großer Unterschied zwischen Erlangen und Berlin liegt natürlich schon in der Größe der beiden Städte. Mit rund 3,4 Millionen Einwohnern ist Berlin 34mal so groß wie Erlangen und mit geschätzten 210.000 Muslimen leben in der Bundeshauptstadt außerdem ungleich mehr

---

<sup>81</sup> So äußerte sich Remzi Güneysu mir gegenüber in einem Telefonat am 9. April 2007.

Menschen mit islamischem Glauben.<sup>82</sup> Auch die Strukturen der islamischen Gemeinden der beiden Städte unterscheiden sich voneinander. Während in Erlangen durch eine eher heterogene Organisation der Muslime die islamische Religionsgemeinschaft von keinem einzelnen Verein dominiert wird, zeigt sich in Berlin eine starke Dominanz der türkischstämmigen Vereine und Verbände. Wegen der großen Bevölkerungsanzahl und der Vielzahl an Moscheevereinen sowie den vier teilweise miteinander konkurrierenden Dachverbänden war und ist es in Berlin deutlich problematischer, einen einheitlichen Ansprechpartner auf muslimischer Seite zu bilden, als es in Erlangen mit seinen wenigen tausend Muslimen und den wenigen Vereinen war. Erschwerend kommt hinzu, dass in Berlin offenbar kaum Kommunikation zwischen Verwaltung und islamischen Vereinen bestand.

#### **4.4 Die Trägervereine**

Gemeinsam ist der Islamischen Föderation Berlin und der Islamischen Religionsgemeinschaft Erlangen, dass sich beide Organisationen von Anfang an die Erteilung von islamischem Religionsunterricht als Ziel setzten. Allerdings werden der IFB, anders als der Erlanger Religionsgemeinschaft, auch politische Ziele nachgesagt. Anlass hierzu gab vor allem die enge personelle und lokale Verflechtung der Föderation mit der als extremistisch eingestuften Organisation Milli Görüş. Dass derartige Verbindungen einer Religionsgemeinschaft eine vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit mit staatlichen Organen praktisch ausschließen, ist nahe liegend. Auch zu anderen gesellschaftlichen Gruppen wie den christlichen Kirchen unterhielt die IFB keine engeren Kontakte. Problematisch erwies sich in Berlin auch, dass es neben der IFB noch drei weitere muslimische Dachverbände gab. Keiner der vier Verbände repräsentierte aber alle Muslime der Stadt.

Im Gegensatz zur Rolle der IFB hatte die IRE, die 1999 primär gegründet wurde, um als Ansprechpartner bei der Einführung des Islamunterrichts zu dienen, von Anfang an die Unterstützung der politischen Vertreter in Erlangen, der Kirchen und auch der Universität. Hierfür war das Zusammenkommen der Christlich-Islamischen Arbeitsgemeinschaft von elementarer Bedeutung, ein der Arbeitsgemeinschaft vergleichbares Forum bestand in Berlin nicht. Das gemeinsame Ziel bei der Einführung des Erlanger Islamunterrichts war und ist die bessere Integration der Muslime. Die Islamische Religionsgemeinschaft konnte deutlich machen, dass sie keine Verbindungen zu politischen oder extremistischen Organisationen unterhielt und

---

<sup>82</sup> Der Anteil der muslimischen Bevölkerung beträgt in Erlangen etwa 3,4 Prozent, in Berlin dagegen etwa 6,2 Prozent.

tatsächlich rein religiöse Ziele verfolgte. Bei der – im Vergleich zu Berlin – kleinen islamischen Gemeinde in Erlangen konnte eine Identifikationsfigur wie Remzi Güneysu dann auch die Unterstützung durch die Erlanger Muslime mobilisieren und als vertrauensvoller Ansprechpartner für beide beteiligten Seiten fungieren. Remzi Güneysu selbst sieht die ideelle Unterstützung der IRE durch die Erlanger Muslime bei nahezu 100 Prozent. Die Islamische Föderation Berlin dagegen repräsentiert nur einen sehr kleinen Teil der Berliner Muslime. Anders als die Föderation und sogar in direkter Abgrenzung zu ihr suchte die IRE die Zusammenarbeit mit den Behörden.

#### **4.5 Die politischen Akteure**

Während in Bayern der Landtag und das Kultusministerium letztlich die Entscheidungsgewalt über den Islamunterricht innehatten und deshalb den Prozess bis zur Unterrichtseinführung steuern konnten, stellte sich die Situation in Berlin mehr als eine Verzögerungstaktik der Politik gegenüber rechtsverbindlichen Gerichtsurteilen dar, die den von keiner politischen Partei gewünschten Islamunterricht der IFB aber nicht verhindern konnte.

Die Erlanger Idee, den Islamunterricht einzuführen, fand die Zustimmung aller politischen Parteien auf kommunaler und landespolitischer Ebene. Dass die Politiker und vor allem das Kultusministerium trotz der grundsätzlichen Befürwortung des Islamunterrichts eher vorsichtig handelten, lag an Bedenken gegenüber den noch jungen Organisationsstrukturen der bayerischen Muslime. Da in Erlangen allerdings die Voraussetzungen für ein Modellprojekt gegeben waren, wirkte das Ministerium an der Gestaltung und Durchführung des Unterrichts kooperativ mit und zeigte auch Vertrauen in die IRE.

In Berlin forderten die CDU und Teile der SPD die Einführung von Religionsunterricht unter staatlicher Verantwortung, während die übrigen Parteien für andere Konzepte und die Beibehaltung des Berliner Modells einer starken Trennung von Staat und Kirche plädierten. Diese Unentschlossenheit der politischen Lager führte schließlich dazu, dass weder eine dem Erlanger Modell vergleichbare kooperative Lösung des Islamunterrichts zusammen mit Muslimen ins Leben gerufen wurde noch der Islamunterricht der IFB aufgehoben werden konnte. Ausgangspunkt für die politische Debatte in Berlin bildete wiederum die unklare Rechtslage des Berliner Schulgesetzes von 1980.

#### **4.6 Die Beteiligung anderer gesellschaftlicher Gruppen**

Es wird deutlich, wie wichtig die Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft für das Gelingen des Erlanger Islamunterrichts war: Hier konnten die Muslime Kontakt zu den christlichen Kirchen und der Friedrich-Alexander-Universität knüpfen. Vor allem die wissenschaftliche Begleitung durch die Universität und die Konzeption einer Lehrerausbildung schafften Voraussetzungen, die es den politischen Akteuren möglich machten, das Erlanger Modellprojekt zu befürworten.

Auf der Berliner Seite fehlt eine maßgebliche Beteiligung anderer gesellschaftlicher Gruppen, was die Akzeptanz der IFB als Trägerin des islamischen Religionsunterrichts noch weiter erschwert haben dürfte.

#### **4.7 Zusammenfassung**

Der Islamunterricht in Erlangen und Berlin erscheint nach der direkten Gegenüberstellung wie zwei Seiten einer Medaille. Während das Modellprojekt in Erlangen nicht nur innerhalb der Schulen, sondern auch zwischen der Landes- und Kommunalverwaltung und den Muslimen ein spürbar besseres und vertrauensvolleres Klima geschaffen hat, scheint in Berlin geradezu das Gegenteil der Fall zu sein.

Ausschlaggebend scheint die rechtliche Situation gewesen zu sein: Ohne die unklaren Regelungen des Berliner Schulgesetzes wäre es einer Vereinigung wie der Islamischen Föderation Berlin nie möglich gewesen, das Recht auf Unterricht einzuklagen. Inwiefern die Entscheidungen der Gerichte, die IFB als Religionsgemeinschaft anzuerkennen, richtig oder falsch waren, ist vor allem eine juristische Frage und kann deshalb im Rahmen dieser Arbeit nicht behandelt werden. Da die IFB Kontakte zu islamisch-extremistischen Organisationen zu unterhalten scheint, ist die ablehnende Haltung der politischen und der weiteren gesellschaftlichen Akteure nachvollziehbar. Dass die politischen Parteien in Berlin allerdings keine gemeinsame Lösung fanden, eine andere Form des Islamunterrichts, womöglich ohne die IFB, umzusetzen, stärkte insgesamt die Position der Islamischen Föderation.

Im Erlanger Fall spielt ebenfalls die rechtliche Grundlage eine entscheidende Rolle: Anders als in enger Kooperation zwischen Muslimen und den politischen Kräften wäre das gemeinsame Ziel eines islamischen Religionsunterrichts laut Grundgesetz gar nicht erreichbar. Das Modellprojekt Erlangen ist eine wichtige Etappe auf diesem Weg. Einen wichtigen, nicht zu unterschätzenden positiven Einfluss im Erlanger Fall spielte das Vorhandensein eines ge-

meinsamen Forums, der Christlich-Islamischen Arbeitsgemeinschaft, die dazu führte, dass sich die Islamische Religionsgemeinschaft Erlangen als gleichwertiger Ansprechpartner ins gesellschaftliche Gefüge der Stadt eingliedern konnte. Auch der Wunsch der IRE, mit dem Staat zusammenzuarbeiten, der durch das Negativbeispiel Berlin bestärkt wurde, muss berücksichtigt werden. Von Seiten der politischen Akteure und anderer Gruppen kam ebenfalls Wille zur Kooperation. Insofern stellt auch dies einen Beitrag zur besseren Integration der Muslime in Erlangen dar.

Betrachtet man das Ergebnis, den Islamunterricht selbst, so lässt sich die Hypothese formulieren, dass die Art des Zustandekommens des Unterrichts auch Auswirkung auf dessen Erfolg im Sinne der Integration hat. Wird von Anfang an eine gemeinsame Lösung mit großer Offenheit durch alle beteiligten Gruppen angestrebt, so wie in Erlangen, so trägt auch der Unterricht selbst zur Integration bei. Wird aber eine Lösung gerichtlich erzwungen, ohne dass entscheidende Akteure davon überzeugt sind, so verbessert auch der Religionsunterricht nicht die Integration, wie es in Berlin offenbar der Fall ist. Da ich in dieser Arbeit allerdings nur zwei Fälle untersucht habe, wäre die Generalisierbarkeit dieser Hypothese in künftigen Studien nachzuweisen.

## **5. Ausblick: Entwicklung des Islamunterrichts in Berlin und Erlangen**

Nach der Einführung des islamischen Religionsunterrichts in Berlin im September 2001 weitete die Islamische Föderation das Angebot in den folgenden Jahren auf immer mehr Schulen aus. Im Schuljahr 2007/2008 bietet die IFB an über 30 Grundschulen ihren Unterricht an, 4.470 Schülerinnen und Schüler – von insgesamt über 30.000 muslimischen Schulkindern – nehmen derzeit das Angebot wahr.<sup>83</sup> Auch eine alevitische Religionsgemeinschaft bietet mittlerweile Religionsunterricht an, allerdings nahmen daran im Schuljahr 2005/2006 nur 111 Schüler an 10 Schulen teil.<sup>84</sup> Das Verhältnis zwischen der IFB und der Senatsverwaltung hat sich allerdings auch in der Zwischenzeit nicht verbessert.

Das Erlanger Modellprojekt ist seit September 2006 auf die fünfte Klasse der Grund- und Hauptschule Eichendorff ebenfalls in Erlangen im Rahmen eines Schulversuchs ausgeweitet worden. Etwa 30 Schüler nehmen dort am Islamunterricht teil.<sup>85</sup> An der Geschwister-Scholl-Realschule in Nürnberg, an der etwa 20% aller Schüler Muslime sind, findet seit dem Schul-

---

<sup>83</sup> Vgl. Der Tagesspiegel: Deutliche Zuwächse bei Lebenskunde. Online unter: <http://www.tagesspiegel.de/magazin/wissen/schule/art295,2440973> (aufgerufen am 6. 1. 2008).

<sup>84</sup> Vgl. Bock: Islamischer Religionsunterricht im Lande Berlin.

<sup>85</sup> Die aktuellen Angaben gab mir Remzi Güneysu am 9. April 2007 telefonisch.

jahr 2007/2008 ebenfalls ein – zunächst auf ein Jahr befristeter – Schulversuch statt. Basis des Unterrichts ist der bereits an der Erlanger Hauptschule erprobte Lehrplan. An der Nürnberger Realschule nehmen etwa 60 Schüler der 7., 8. und 9. Jahrgangsstufe am Islamunterricht teil. Grundlage für die Zustimmung des Kultusministeriums war der Zusammenschluss von etwa 20 Eltern zur „Islamischen Religionsgemeinschaft Nürnberg“ (IRN), die einen Antrag an das Ministerium stellte und nun als Ansprechpartnerin für die öffentliche Verwaltung fungiert. Vorher war es den zahlreichen islamischen Vereinen der Stadt nicht gelungen zum Zwecke eines Islamunterrichts zu kooperieren. Mittlerweile haben an zwei Realschulen und einem Gymnasium in Nürnberg weitere Eltern ihr Interesse an islamischem Religionsunterricht bekundet.<sup>86</sup> Allerdings besteht trotz dieser Fortschritte weiterhin das Problem, das auch die Leiterin des Staatlichen Schulamts Erlangen angesprochen hat: Eine einheitliche Einführung in Bayern scheint es vorerst nicht zu geben, sondern weiterhin „Insellösungen“.

---

<sup>86</sup> Vgl. Nürnberger Zeitung vom 27. Juli 2007: Mehre mein Wissen. Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache und Sueddeutsche.de: Koran nach Lehrplan. Online unter: <http://www.sueddeutsche.de/jobkarriere/artikel/42/120887/> (aufgerufen am 6.1.2008) sowie IZIR (Interdisziplinäres Zentrum für islamische Religionslehre): Schulversuch Islamunterricht in Nürnberg. Online unter: [http://www.izir.uni-erlangen.de/docs/izir\\_aktuell\\_070730.pdf](http://www.izir.uni-erlangen.de/docs/izir_aktuell_070730.pdf) (aufgerufen am 6.1.2008).



## 6. Verzeichnis der verwendeten Literatur

- Amt für Statistik Berlin: Statistik Berlin-Brandenburg. Online unter: <http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/> (aufgerufen am 3.4.2007)
- Bayerischer Landtag: Drucksache 14/4603 vom 26.10.2000.
- Berliner Zeitung vom 5. November 1998: Islam-Unterricht an Berliner Schulen genehmigt.
- Berliner Zeitung vom 9. November 1998: Schulverwaltung prüft Beschwerde-Chancen. Islam-Urteil umstritten.
- Berliner Zeitung vom 24. Februar 2000: Senator Böger sieht keinen Präzedenzfall.
- Berliner Zeitung vom 10. April 2001: Kirchen sind von der SPD enttäuscht. Die Partei will kein Wahlpflichtfach Religion.
- Berliner Zeitung vom 31. Januar 2002: Berliner Religionsstreit ohne Ende. Koalition will Status quo an den Schulen frühestens nach der Fusion regeln.
- Berliner Zeitung vom 24. Juni 2004: Koranstunde mit Konsequenzen.
- Berliner Zeitung vom 7. November 2006: Verdacht gegen Muslim-Lehrer ausgeräumt. Islamische Föderation: Keine Ermittlungen mehr.
- Bock, Wolfgang: Islamischer Religionsunterricht im Lande Berlin, in: Bock, Wolfgang (Hrsg.): Islamischer Religionsunterricht? Rechtsfragen, Länderberichte, Hintergründe (Religion und Aufklärung 13), Tübingen 2006, S. 93-114.
- Bundesministerium des Inneren: Verfassungsschutzbericht 2005, Berlin 2006.
- Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Senatskanzlei: Klaus Wowereit. Online unter: [http://www.berlin.de/rbmskzl/rbm/galerie/klaus\\_wowereit.html](http://www.berlin.de/rbmskzl/rbm/galerie/klaus_wowereit.html) (aufgerufen am 29.3.2007)
- Der Tagesspiegel vom 24. Februar 2000: Urteil erlaubt Islamunterricht. „Das ist der falsche Partner“ – ablehnende Reaktionen auf das Urteil.
- Der Tagesspiegel vom 24. Februar 2000: Urteil erlaubt Islamunterricht. Islamische Föderation darf an Berliner Schulen lehren.
- Der Tagesspiegel vom 29. November 2000: Gegen Islamunterricht. Senat will mit Trick die Islamische Föderation vor der Schultür lassen.
- Der Tagesspiegel vom 2. August 2001: Islam-Unterricht. Kein Koran im Klassenzimmer.
- Der Tagesspiegel vom 30. August 2001: Religion in der Schule. Selbst Schuld – Islamische Föderation darf in Berlin Unterricht anbieten.

- Der Tagesspiegel vom 30. August 2001: Religion in der Schule. Senator Böger muss Islamunterricht zulassen.
- Der Tagesspiegel vom 31. August 2001: Religion in der Schule. Angst vor dogmatischer Strömung.
- Der Tagesspiegel vom 9. Dezember 2000: Islamunterricht. Jurist hält Bögers Pläne für unzulässig.
- Der Tagesspiegel: Deutliche Zuwächse bei Lebenskunde. Online unter: <http://www.tagesspiegel.de/magazin/wissen/schule/art295.2440973> (aufgerufen am 6. 1. 2008).
- Dietrich, Myrian: Islamischer Religionsunterricht. Rechtliche Perspektiven (Schriften zum Staatskirchenrecht 31), Frankfurt am Main 2006.
- Die Zeit Nr. 25 vom 9. Juni 2004: Allah an der Tafel.
- Gesemann, Frank: Chancen und Schwierigkeiten der Kommunikation zwischen Moscheevereinen und Verwaltung, in: Spielhaus, Riem/Färber, Alexa (Hrsg.): Islamisches Gemeindeleben in Berlin, Berlin 2006, S. 25-31.
- Güneysu, Remzi: Integration in Erlangen. Modellversuch islamischer Religionsunterricht, in Bendel, Petra/Hildebrand, Mathias (Hrsg.): Integration von Muslimen (Schriftenreihe des Zentralinstituts für Regionalforschung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Band 1), München 2006, S. 210-215.
- Issig, Peter: Islam-Unterricht fördern, in: Welt Online, 27. Juni 2004. Online unter: [http://www.welt.de/print-wams/article112229/Islam-Unterricht\\_foerdern.html](http://www.welt.de/print-wams/article112229/Islam-Unterricht_foerdern.html) (aufgerufen am 29.3.2007).
- IZIR (Interdisziplinäres Zentrum für islamischen Religionsunterricht): Schulversuch Islamunterricht in Nürnberg. Online unter: [http://www.izir.uni-erlangen.de/docs/izir\\_aktuell\\_070730.pdf](http://www.izir.uni-erlangen.de/docs/izir_aktuell_070730.pdf) (aufgerufen am 6.1.2008).
- Kapphan, Andreas: Zugewanderte aus islamisch geprägten Ländern in Berlin, in: Spielhaus, Riem/Färber, Alexa (Hrsg.): Islamisches Gemeindeleben in Berlin, Berlin 2006, S. 18-24.
- Landeswahlleiter Berlin: Berliner Wahlen 1999. Online unter: <http://www.statistik-berlin.de/wahlen/framesets/aghbv-1999.htm> (aufgerufen am 6.4.2007)
- Lähnemann, Johannes: Religiöse Integration. Konzepte und Erfahrungen, in Bendel, Petra/Hildebrand, Mathias (Hrsg.): Integration von Muslimen (Schriftenreihe des Zentralinstituts für Regionalforschung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Band 1), München 2006, S. 150-162.
- Marschke, Britta: Religionsunterricht und interkulturelle Erziehung. Situation und Perspektiven für Kinder und Jugendliche aus türkischen Migrantenfamilien, Osnabrück 2003.

Nürnberger Zeitung vom 27. Juli 2007: Mehre mein Wissen. Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache.

Rohe, Mathias: Spezifische Rechtsprobleme des islamischen Religionsunterrichts in Deutschland, in: Bauer, Thomas/Kaddor, Lamya/Strobel, Katja (Hrsg.): Islamischer Religionsunterricht. Hintergründe, Probleme, Perspektiven (Veröffentlichungen des Centrums für Religiöse Studien Münster 1), Münster 2004, S. 79-85.

Seiser, Ulrich/Schütz, Dieter: Islamische Religion im schulischen Unterricht: Bayern, in: Bock, Wolfgang (Hrsg.): Islamischer Religionsunterricht? Rechtsfragen, Länderberichte, Hintergründe (Religion und Aufklärung 13), Tübingen 2006, S. 85-92.

Spielhaus, Riem: Organisationsstrukturen islamischer Gemeinden, in: Spielhaus, Riem/Färber, Alexa (Hrsg.): Islamisches Gemeindeleben in Berlin, Berlin 2006, S. 12-17.

Stadt Erlangen, Abteilung Statistik und Controlling: Statistik Aktuell. Vierteljahresbericht 3/2003, Erlangen 2003.

Stadt Erlangen: Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft. Online unter: [http://www.erlangen.de/de/desktopdefault.aspx/tabid-343/745\\_read-2396/](http://www.erlangen.de/de/desktopdefault.aspx/tabid-343/745_read-2396/) (aufgerufen am 1.4.2007)

Sueddeutsche.de: Koran nach Lehrplan. Online unter: <http://www.sueddeutsche.de/jobkarriere/artikel/42/120887/> (aufgerufen am 6.1.2008).



## 7. Anhang

### Gespräch mit Remzi Güneysu:

*Warum gibt es überhaupt islamischen Religionsunterricht?*

Ich gebe dazu ein neues Beispiel vom letzten Samstag und Sonntag, also 28. und 29. Oktober. In Erlangen und in Nürnberg haben wir interreligiöse Tage gehabt. In Erlangen waren von muslimischer Seite 10 Personen da, also keine nennenswerte Anzahl. Die sind wegen meines Engagements dahin gekommen. In Nürnberg war nur ein Muslim gekommen. Das zeigt ganz deutlich, die Muslime haben kein Interesse an der Zusammenarbeit mit anderen Religionen – auch nicht mit Christen. Daher war unsere Überlegung von Anfang an, wir müssen mit der Erziehung in der Schule anfangen. Die Kinder sollen gegenseitig ihre Religion kennen lernen. Wenn wir von Anfang an den Kindern lernen, wie wir miteinander leben müssen, die anderen akzeptieren müssen, tolerieren müssen und auch zu den Grundgesetzen stehen müssen. Und das kann man nur in den Schulen machen. Und meine 32-jährige Erfahrung in Deutschland zeigt: So was wird in den ausländischen Vereinen nicht gemacht. Versucht man den Kindern Religion beizubringen von Menschen, die aus dem Ausland kommen, die diesen Blick nach Westen nicht haben, die bringen den Kindern diese Integrationsarbeit nicht. Deshalb ist Islamunterricht ein guter Baustein der Integrationsarbeit, den man in der Schule benutzen soll. Bei den Erwachsenen sehen wir bei den Vorträgen und Veranstaltungen, da kommen ein paar Leute hin und nehmen was mit, aber das bleibt bei denen. Die können das nicht weitergeben. In Deutschland haben wir seit fast 40 Jahren in den Schulen den Kindern so etwas nicht gegeben. Deshalb haben wir jetzt fast so etwas wie Parallelgesellschaften, noch nicht so wie in Frankreich, aber ich befürchte, wenn es darauf ankommt, kann auch so etwas entstehen, was in Frankreich entstanden ist. Die haben keine Beziehung zu Deutschland, die haben kein Heimatgefühl für Deutschland. Das hat man denen nicht vermittelt. Und von meinen Landsleuten, von den Türken, kenne ich das, da träumt die große Zahl immer noch davon, dass sie irgendwann wieder in die Türkei zurückkehren. Obwohl sie jetzt schon langsam hier sterben, aber die vierte Generation träumt auch immer noch davon.

*Das heißt also, es ist von beiden Seiten nicht viel Einsatz für die Integration gekommen?*

Also von staatlicher Seite ist sowieso seit 40 Jahren nichts gekommen. Erst seit zwei Jahren macht man Integrationsarbeit für Erwachsene. Für die Kinder in Kindergarten und Vorschule macht man Deutschunterricht, aber das sind immer noch keine Integrationsarbeiten. Unter Integrationsarbeit verstehe ich, den Kindern ein Heimatgefühl zu vermitteln. Und auch zu vermitteln, dass sie hier in einem islamischen Kreis in einem christlichen Land leben. Und da muss man auch die Religion einbinden. Wenn das in den Vereinen und der Schule anders gemacht wird, dann schwimmen die Kinder zwischen zwei Welten und wissen nicht, wie sie sich verhalten soll. Und das kann ein islamischer Theologe den muslimischen Kindern besser vermitteln. Die Kinder fühlen sich in der Schule nicht wohl. Wenn sie zum Beispiel am ersten und letzten Tag in die Kirche gehen, das kenne ich auch von meinen Kindern, dann hat man die Kinder mit gemischten Gefühlen hingeschickt, die Kinder sind auch mit gemischten Gefühlen hingegangen. Was soll ich da machen? Was wird mit mir da gemacht? Also haben die das ohne Vorkenntnisse mitgemacht. Aber das sehen wir jetzt am Islamunterricht: der Lehrer erklärt den Kindern, was die anderen für eine Religion haben. Was die in der Kirche machen und in anderen Gotteshäusern. Jetzt gehen die Kinder bewusster hin. Und sie wissen, dass ihre Schulkameraden eine andere Religion haben. Und sie nehmen sie so wie sie sind. Aber früher war das ganz anders.

*Es ist ja schwierig, weil die muslimischen Kinder alle aus anderen Ländern stammen, also auch aus anderen Kulturkreisen. Wie hat man da eine Lösung gefunden, die für alle passend war?*

Für Außenstehende, die den Islam nicht kennen, mag es sein, dass man so denkt. Aber das ist nicht so. Die Grundkenntnisse vom Islam sind in allen Ländern gleich. Bei der Praxis und dem täglichen Leben gibt es dann kulturelle Einflüsse auf die Religion, was eigentlich nicht sein soll, aber so weit Religion nicht falsch ausgelegt wird, ist das kein Thema. Weil die Grundwerte gleich sind, gibt es kein Problem. Wir haben ja einen Lehrplan entwickelt, von der ersten zur zehnten Klasse, der ist zur Genehmigung beim Kultusministerium. Da gibt es kein Problem.

*Wie kam es dann zu dem Projekt in Erlangen? Wann kam die Idee, dass der Religionsunterricht vielleicht mehr helfen könnte als nur die Veranstaltungen für Erwachsene?*

Schon Mitte der 80er Jahre, also von 85-90 war ich Vorsitzender des Türkisch-Islamischen Kulturverein, und da habe ich versucht, unsere Vorbeter in die Schule zu bringen, um da Islamunterricht erteilen zu können, aber das ist damals nicht genehmigt worden. Und zwar eher von türkischer Seite. Von Anfang an habe ich immer überlegt: Wie kann man die Muslime integrieren? Denn auch die Muslime von meinem Verein, die hatten keine Lust zum Dialog. Bis 2001 haben wir vieles erreicht. Und 1996 hat der ehemalige Oberbürgermeister Hahlweg und Kirchenvertreter und Universitätsvertreter und Vertreter der islamischen Vereine die Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft gegründet. In dieser Arbeitsgemeinschaft haben wir überlegt, wie wir die Muslime integrieren können, und meine Idee „Islamunterricht in der Schule“ hat mich immer verfolgt. Dann habe ich das als Tagesordnungspunkt vorgeschlagen. Und dann hat die Stadt Erlangen eine Studie anfertigen lassen und anhand der Studie hat sich herausgestellt, dass da Bedarf besteht, dass das eine gute Sache ist. So haben wir angefangen. Und 99 hat es geheißen, um Islamunterricht einzuführen, muss man eine Islamische Religiöse Gemeinschaft haben. Und da haben wir vom Ausländerbeirat die Adressen bekommen, bei denen wir vermuteten, dass da auch Muslime dabei sind, und haben die zu einem Gespräch eingeladen. Einstimmig haben wir dann beschlossen, dass wir eine Religionsgemeinschaft gründen. Das haben wir dann auch gemacht und haben einen Antrag gestellt. Der ist zwar nicht abgelehnt worden, aber das Ministerium hat gesagt, es soll keine Insellösungen geben. Also Erlanger Modell, Augsburger Modell, Münchner Modell. Das Kultusministerium hat gesagt, wir möchten das auf Bayernebene flächendeckend machen. Dann hat das Kultusministerium einen Runden Tisch organisiert. Aus Erlangen waren wir auch daran beteiligt, obwohl ja nur Dachverbände eingeladen waren. Aber weil wir etwas Gutes gemacht haben, haben die uns auch eingeladen. Die Aleviten haben sich zurückgezogen, mit der Begründung, mit Sunniten können die keinen Islamunterricht machen. Da haben sie auch vollkommen Recht gehabt und sie sind dann einen eigenen Weg gegangen. Und dann sind Sunniten und Schiiten übrig geblieben. Dann haben wir auf Bayernebene mit den Vertretern des Runden Tisch eine Islamische Religionsgemeinschaft Bayern gegründet, aber das wurde nicht akzeptiert. Weil da DITIP nicht dabei war, das ist die Türkisch-Islamische Union – Anstalt für religiöse Angelegenheiten. Das ist ein halb-staatlicher Verein der türkischen Regierung. Der Verein ist ganz normal nach der deutschen Verfassung gegründet, aber da hat die Türkei ihre Finger drin. Weil die auch viele Muslime vertreten und nicht dabei waren, ist die Islamische Religionsgemeinschaft Bayern nicht anerkannt worden. Daraufhin haben wir noch mal einen Antrag gestellt, dass, wenn es bayernweit nicht geht, ein Erlanger Modell möglich sein soll.

*Das Erlanger Modell wurde also statt eines bayernweiten Modells durchgesetzt?*

Genau. Es war dann auch deutschlandweit der erste eingeführte islamische Religionsunterricht nach dem Grundgesetz.

*Was haben denn Politiker und Schulamt aus Erlangen dazu gesagt?*

Also ohne Genehmigung des Schulamts geht so was ja nicht, die haben also „ja“ gesagt. Und unser Erlanger Landtagsabgeordnete Joachim Herrmann, CSU, oder Wolfgang Vogel von der SPD haben das ganze stark unterstützt. Ich habe in Erlangen schon ein paar Gegner gehabt, die gegen andere Religionen sind. Aber sonst, von der Stadt Erlangen, Ausländerbeirat, Oberbürgermeister Dr. Balleis hat selbst einen Brief verfasst und zum Landtag und zum Kultusministerium geschickt. Auch Kirchen und Uni haben uns alle unterstützt.

*Welche Rolle hat die Universität gespielt?*

Bei einem Treffen im Rathaus, da war der Islambeauftragte der CSU, Dr. Spaenle, dabei, Joachim Herrmann, Landtagsabgeordneter, Wolfgang Vogel und auch der damalige Rektor. Und nachdem der Rektor gehört hat, was sich in Erlangen alles bewegt, hat er gesagt, er finanziert ein Jahr lang einen Gastprofessor für Islamunterricht. Und darauf haben wir einen Gastprofessor hierher geholt und haben angefangen, Lehramtsstudenten für den Islamunterricht auszubilden. Und daraus sind dann drei Jahre geworden. Die Uni hat drei Jahre lang dieses Projekt weitergeführt. Und dann ist Dr. Spaenle, der damals CSU-Islambeauftragter war, Vorsitzender des Hochschulausschusses geworden. Und er hat jetzt für vier Jahre die Professur genehmigt und die Uni hat weitere zwei Jahre genehmigt. Und seit diesem Jahr haben wir jetzt einen festen Professor für sechs Jahre. Diese Wirkung hat die Uni also gehabt.

*Warum hat das Projekt genau in diesem Zeitraum geklappt? Gab es da einen bestimmten Anlass oder war es mehr zufällig?*

Das war nur zufällig. Der schöne Zufall war, dass es die Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft gegeben hat. Da haben wir die Studie durchgeführt und mit den jeweiligen Vertretern gesprochen und da haben wir gesehen, dass Islamunterricht für die Integration eine sehr gute Sache ist. Der 11. September ist rein zufällig da gewesen bei diesem Projekt.



*Der Unterricht ist jetzt eingeführt, was genau wird den Kindern denn da beigebracht?*

Also die Grundsätze des Islam, wie die Kinder nach dem Islam leben sollen und was der Islam beigebracht hat und was er ist. Die Kinder lernen dann alle Propheten von Anfang an bis Mohammed und auch die anderen Religionen, wie sie in der Gesellschaft leben können, wie sie sich verhalten sollen.

*In welcher Sprache wird unterrichtet?*

Auf Deutsch natürlich. Da gibt es ja auch einen Lehrplan.

*Wer kann den an dem Unterricht teilnehmen?*

Alle, die das wollen. Natürlich nehmen momentan nur die Muslime teil.

*Müssen die muslimischen Kinder teilnehmen oder können sie wählen zwischen Ethik, christlichem Religionsunterricht und Ethik?*

Es ist so, dass religiöser Unterricht in der Schule kein Zwangsunterricht ist. Man darf wählen, welchen Unterricht man haben will: evangelisch, katholisch, Ethik oder jetzt an dieser Schule Islamunterricht. Die Kinder haben freie Wahl. Muslime könnten auch christlichen Religionsunterricht besuchen. Aber wenn sie was nehmen, dann müssen sie den Unterricht auch besuchen, das ist Pflicht. Die Wahl ist frei, wenn sie gewählt haben, müssen sie das machen. Es wird ja der Schulplan entworfen und die Schüler aufgeteilt. Und wenn hin und her gewechselt wird, weil einem die Augen des Lehrers nicht gefallen, dann ist das schwierig. Aber wenn es bestimmte Gründe zum Wechseln gibt, dann macht die Schule auch mit.

*Nehmen die muslimischen Kinder an der Schule eher den Islamunterricht oder wählen sie was anderes?*

Also an der Brucker Lache, wo wir den Islamunterricht an der Grundschule haben, da haben alle Muslime den Islamunterricht gewählt.

*Wie groß ist der Anteil dieser Kinder an der Anzahl aller muslimischen Schüler in Erlangen?*

Die Grundschule hat am Anfang 46 gehabt und dann so ungefähr 50. In ganz Erlangen sind es noch mehr. Ich schätze 600 bis 700 Kinder.

*Wie kann der Staat denn die Inhalte im Unterricht kontrollieren, dass auch wirklich das unterrichtet wird, was festgelegt wurde?*

Ich sag es mal so: Im Fernsehen habe ich gesehen – in Berlin gibt es ja auch Islamunterricht – da hat ein Medienvertreter versucht, den Unterricht zu besuchen, aber der Lehrer hat ihn nicht rein gelassen. Aber bei uns ist das nicht so. Da darf die Schulamtsleiterin oder die Schulleiterin rein gehen. Und das Kultusministerium kann jeden beauftragen und da hin schicken. Also die Tür wird nicht von innen abgesperrt. Man darf den Unterricht natürlich nicht stören. Wie es das Kultusministerium jetzt macht, wie die da ein Auge drauf haben, das weiß ich nicht. Aber die Vertreter des Kultusministeriums sind zufrieden und das zeigt, dass der Unterricht nach Lehrplan funktioniert.

*Wer hat den Lehrplan ausgestaltet?*

Die Lehrplankommission hat das Kultusministerium zusammen mit der Islamischen Religionsgemeinschaft Erlangen festgelegt, also wer daran teilnehmen soll. Mit den Leuten haben wir dann einen Lehrplan entwickelt: mit Muslimen, Universitätsvertretern und Lehrkräften.

*Wer unterrichtet derzeit? Was für Lehrkräfte gibt es?*

Wir haben den Unterricht mit einem Theologen angefangen, der ist kein Lehrer gewesen. Er hat in der Türkei auch in der Richtung was gemacht, ist aber mehr oder weniger ein Theologe. Momentan macht er seine Doktorarbeit, ist auch bald fertig. Und er ist auch wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Erlangen-Nürnberg. Der hat das bisher gemacht. Seit sieben Semestern versuchen wir, auch an der Universität Lehrkräfte auszubilden, und haben auch schon den ersten Absolventen. Wir haben also auch Lehrkräfte, die von der Universität her den Unterricht anfangen können.

*Wer studiert so etwas?*

Zu diesem Fach kommen verschiedene Leute, wenn ich mich nicht täusche, auch Deutsche. Es darf ja jeder studieren. Wer aber den Unterricht machen will, der muss auch den Islam leben. Wie der Unterricht für Kinder freiwillig ist, darf auch keine Lehrkraft zum Unterricht gezwungen werden. Aber wer islamischen Religionsunterricht erteilen will, der muss auch ein Muslim sein und nach seiner Religion leben.

*Christliche Kinder haben ja heute oft wenig Interesse an Religionsunterricht und wissen relativ wenig über ihre Religion. Ist das bei muslimischen Kindern auch so oder gibt es da noch mehr Interesse an der Religion?*

Nachdem alle Kinder in der Schule am Islamunterricht teilgenommen haben, ist das ein Zeichen dafür, dass die Kinder Interesse an der Religion haben. Die Kinder und auch die Eltern haben vom Ethik-Unterricht schon die Nase voll gehabt, hatten ja auch keine andere Alternative und deshalb nehmen sie das gerne an.

*Hat sich denn an der Schule das Klima zwischen den Kindern geändert? Gibt es da jetzt mehr Verständnis füreinander?*

Ja, doch. Es gibt Beispiele. Zum Beispiel eines, das ich immer gerne sage: Am Anfang, als der Lehrer gesagt hat: „Kinder wir gehen jetzt zur Kirche“, da hat ein Mädchen gesagt: „Herr Türkmenoglu, wir haben doch eine Moschee, was sollen wir denn in der Kirche?“. Sie hat also keine Lust gehabt. Da hat der Lehrer den Kindern erzählt, wie wichtig es ist, auch von anderen Kindern die Religion kennen zu lernen und auch andere Gotteshäuser kennen zu lernen. Denn Gotteshäuser sind für alle Gläubigen Gotteshäuser und das muss man kennen lernen. Und das haben sie auch gemacht. Und wie ich es vorher erwähnt habe, die Kinder sind in die Kirche mit Wissen gegangen. Sie wussten, was sie da erwartet und wie sie sich verhalten sollen. Davor war das schwierig und jetzt gibt es kein Problem mehr. Sie gehen in die Kirche, die anderen Kinder besuchen die Moschee. Und es gibt ein gemeinsames Projekt in der Schule. Das ist einmalig!

*Wird denn im christlichen Religionsunterricht auch genug über den Islam unterrichtet? Dass die Kinder auch wissen, es gibt auch Kinder mit anderem Glauben?*

Ja. In den letzten Jahren haben sich die Religionsbücher in den Schulen stark verändert und gehen jetzt auch mehr auf Islam und Judentum ein. Und auch andere Religionen werden erwähnt. Das ist deutlich mehr.

*Wie erfolgreich war das Projekt denn bisher? Es war ja ein Modellprojekt, war es denn schon für andere Orte in Deutschland ein Modell?*

So etwas gibt es fast nicht. Zum Beispiel Baden-Württemberg, unser Nachbarland, hat eigene Projekte gestartet, ganz anders als in Bayern. Auch die anderen Länder im Norden haben etwas angefangen. Aber da Erziehung Landessache ist, machen sie es auch bei dieser Sache ganz anders. Also keiner hat gesagt: „Mensch, Bayern hat schon einen Lehrplan entwickelt, den übernehmen wir.“ Natürlich haben wir den Lehrplan an viele Menschen weitergegeben. Ob die da was raus genommen haben, das weiß ich nicht. Aber ich sehe keine Zusammenarbeit zwischen Islamischen Religionsgemeinschaften. Was wir voneinander mitbekommen auf den Tagungen, ob in Berlin oder in Stuttgart, da haben wir unsere Projekte vorgetragen und da haben die auch was mitbekommen. Wir haben auch anschließend Lehrpläne verschickt. Aber ob die davon profitieren, das weiß ich nicht.

*Sie haben die islamischen Vereine angesprochen, wie stehen denn die Moschee-Vereine zum Islamunterricht? Die haben ja auch islamische Erziehung angeboten?*

In Erlangen ist das kein Problem, weil wir in Erlangen nur einen Islamischen Verein haben. Aber in anderen Städten ist das ein Problem, da gibt es verschiedene türkische Vereine. Deshalb funktioniert da auch der Islamunterricht nicht. Die möchten den Unterricht, den sie in Moscheen oder Vereinen haben, nicht in die Schulen geben.

*Sie haben auch schon die DITIP und die Türkei angesprochen? Wie steht die Türkei zu diesem Integrationsprojekt?*

Nachdem der Unterricht ein Baustein für Integration ist, haben wir die DITIP mit ins Boot holen wollen. Aber die haben das bis jetzt nicht mit gemacht. Das türkische Konsulat hat den Finger auf dem Verein, die wollen da einfach nicht mit machen, und die versuchen, auch das zu blockieren.

*Und warum?*

Ich habe schon ein paar Ideen, aber das sind halt Vermutungen. Sie haben vor der einen Seite Angst, vielleicht unbegründet. Wenn der Islamunterricht in der Schule nicht in türkischer Sprache ist, was ich okay finde, haben sie vor Assimilation Angst. Deshalb meinen sie, der Unterricht sollte in türkischer Sprache sein. Aber andererseits hat es seit 20, 25 Jahren Türkisch-Unterricht in den Schulen gegeben, aber die haben da einfach versagt. Die Lehrkräfte, die diesen Unterricht erteilt haben, sind immer unbeliebter geworden bei Kindern und Eltern. Zum Schluss haben die Kinder an diesem Unterricht nicht mehr teilgenommen. Die Zahl der Lehrkräfte ist in Erlangen von sieben auf eins reduziert worden. Der letzte Lehrer geht auch 2009 und dann kommt keine Lehrkraft mehr, weil die türkischen Eltern und Kinder kein Interesse mehr an diesem Unterricht haben. Denn die Qualität dieses Unterrichts und die pädagogische Einstellung der Lehrkraft waren einfach zu schlecht. Die sagen immer noch, der Islamunterricht sollte auf Türkisch sein, ich weiß nicht, was sie dabei denken. Bisher haben sie selbst jedenfalls versagt. Das Kultusministerium sagt, wir können den Unterricht nicht in anderen Sprachen erteilen, sonst müssen wir für alle Muslime verschiedene Sprachen anbieten. Das geht einfach nicht. Und weil das nicht geht, dass es auf Türkisch ist, weil andere Vereine diese Argumente einbringen, wird er dort auch nicht eingeführt. Wenn türkische Vertreter darauf bestehen, dass der Unterricht auf Türkisch sein soll, dann wird er auch nicht eingeführt, und dann machen sie den Unterricht in den Moscheen, nach ihrem Geschmack. Auf diese Art und Weise versuchen sie es zu blockieren.

*Wie aufgeschlossen sind denn die Christen und Muslime im Allgemeinen gegenüber der Integration? Wollen sie die Integration?*

Wir müssen Integrationswilligkeit auf zwei Zeiten verteilen: Bis zum 11. September 2001 haben wir den Dialog immer weiter verbessert, die Zahl der Beteiligten ist immer weiter gewachsen. Aber seit dem 11. September ist es wieder zurückgegangen. Einerseits haben die Muslime jetzt Angst, als Muslime aufzutreten, mit dem Gedanken, dass sie sonst in den Verfassungsschutz rein kommen. Von der anderen Seite sind sie einfach beleidigt. Sie fühlen sich nicht mehr wohl in ihrer Haut, weil die Politiker und Medien zu viele Sachen schreiben. Deshalb werden sie nervös und fühlen sich beleidigt. Die Dinge, die im Nahen Osten passieren oder in Spanien oder Amerika; die Medien schreiben das so, als ob alle Muslime so denken. Und dann machen die Politiker schlechte Sprüche, z.B. wenn die Kinder nicht in der Schule

Deutsch sprechen, sollen sie auf eine Sonderschule geschickt werden oder in letzter Zeit die Kopftuchdebatte. Alle Arbeiten, die von Politikern kommen, sind provozierend. So wie mit der Kopftuchsache. Auf eine andere Art und Weise könnte man doch was erreichen. Aber die Politiker wissen, wenn sie es provozierend machen, wird ihr Name öfter erwähnt und sie werden mehr Leute auf sich aufmerksam machen. Solche Politiker wollen nichts für die Integrationsarbeit erreichen, sondern sie wollen berühmt werden. Sie wollen was gesagt haben. Hinter diesen Aussagen sehe ich keine Integrationsarbeit, sondern nur Provokation. Das führt zu noch mehr Spaltung. Deshalb ziehen sich die Muslime zurück und vertrauen den Politikern nicht mehr. Solche Sprüche kommen von Vertretern aller Parteien, ob CSU, SPD.

*Wie steht denn das bayerische Innenministerium zum Islamunterricht?*

Ich denke, die stehen auch zum Islamunterricht. Denn ich vermute, selbst wenn das Kultusministerium „ja“ sagt, dann werden die das abgestimmt haben. Der Islamunterricht in Bayern wurde ja vom Landtag einstimmig beschlossen. Und daher ist die Zustimmung in Bayern parteiübergreifend.

*Wie ist denn die Situation der Jugendlichen, die früher keinen Islamunterricht hatten? Gab es da eine stärkere Trennung, als es noch keinen Islamunterricht gab?*

Die Kinder gehen jetzt bewusster aufeinander zu. Die Lehrkräfte haben in der Schule die Brückenfunktion übernommen. Von christlicher, aber auch von islamischer Seite. Die vermitteln den Kindern die Religionen so gut. Früher, wenn da auf der Straße zwei Gruppen von Türken und Deutschen aufeinander zu gegangen sind und irgendein Türke hat da Streit vorher mit den Deutschen gehabt, dann hat er zu den anderen gesagt: „Mensch, helft mir doch! Was für Muslime seid ihr?“ Ob die nach Islam leben oder nicht, das war kein Thema. Aber sie wussten, dass sie von islamischer Herkunft leben, und deswegen beziehen sie sich auf Islam. Ohne zu wissen warum. Aber jetzt lernen sie das. Und Ahmed weiß, dass neben ihm Peter sitzt, dass er ein Christ ist und eine andere Religion hat, und das muss er so akzeptieren, das lernt er auch. Und daher ist das Zusammenleben der Kinder besser geworden.

*Werden denn im Unterricht auch die Gemeinsamkeiten der Religionen vermittelt?*

Die Gemeinsamkeiten werden vermittelt. Die drei großen monotheistischen Religionen Judentum, Christentum, Islam kommen ja von Abraham, er ist der Vater der Religionen. Es gibt also viele Gemeinsamkeiten und das wird den Kindern vermittelt.

*Können Sie vielleicht noch mal zusammenfassen, warum der islamische Religionsunterricht die Integration verbessern soll. Man könnte ja auch meinen, dass er eher schadet, weil die Kinder in der Schule ja getrennt werden.*

In den Medien wird ja öfter gefragt, ob der Islam mit dem Grundgesetz von Deutschland vereinbar ist. In diesem Unterricht zeigen wir, dass es vereinbar ist. Wir versuchen die Kinder nach dem deutschen Grundgesetz zu erziehen. Dass sie ihren islamischen Glauben in diesem Land sehr gut leben können. Sie werden nicht als Fremde erzogen, sondern als Kinder dieses Landes, die eben einen anderen Glauben haben.

*Was sagen denn die Eltern der Kinder, die im Islamunterricht sind?*

Also nichts Negatives. Ich schicke ab und zu einen Brief an die Eltern, dass sie mir mitteilen sollen, was da nicht gut abläuft, was sie für Wünsche haben, ob wir irgendwas ändern müssen. Aber bisher kam nichts Negatives.





## Gespräch mit Professor Harry Harun Behr:

*Wie ist es zum Erlanger Projekt gekommen und wer hat es auf die Agenda gesetzt?*

Agenda ist gut. Es gibt immer eine *agenda* und eine *hidden agenda*. Bei diesem Projekt hatten wir auch sehr viel *hidden agenda*. Auf der *agenda* steht Islam-Unterricht seit über 30 Jahren. Die Muslime in Deutschland wollten schon in den 70er Jahren ein ordentliches Unterrichtsfach. Es wurde schon in den 70er Jahren von gesellschaftlichen Kräften gefordert, dass man das Fach in die Schule holt. Da geisterte der Begriff der Koranschulen durch die Gegend, wurde in den 80ern noch mal aufgeköchelt und ist heute weitgehend ausgestorben. Der muslimischen *community* sollte irgendeine Form von Bildungsangebot gegeben werden, damit die Kultur des Herkunftslands weiter tradiert wird. Gar nicht mal so sehr der Aspekt der Religion, sondern Religion war Bestandteil der Kultur. In diesem Fall war das maßgeblich die Türkei. Vor 50 Jahren kamen die ersten Gastarbeiter aus Italien und später kamen die ersten aus der Türkei. Nachdem sich der Begriff „Islamunterricht“ so langsam eingebürgert hatte, muss man heute noch mal zurückblicken, denn die Geschichte ist älter als der Begriff. Es ging zunächst um ein Angebot in türkischer Sprache, damit die Kinder und Jugendlichen, die zurückkehren, dort wieder Anschluss finden in der Schule. Deswegen ging es um türkische Landeskunde, Sprache und Erziehung im Sinne von Nationaethik. Da gehörte der Islam dazu. Die Richtlinien dafür stammten auch nicht vom Religionsministerium, sondern vom Ministerium für nationale Erziehung. So fing man ab 1981/82 in Bayern und Baden-Württemberg an, so einen Unterricht in türkischer Sprache anzubieten. Seitdem ist viel Zeit vergangen und man hat einiges dazugelernt. Ist Deutschland ein Einwanderungsland? Ja! Bleiben die muslimischen Migranten? Ja! Geht es noch um die Option zur Rückkehr in die Türkei? Nein! Geht es noch um Anschluss an das türkische Schulsystem? Nein! In den 80er Jahren haben einige der Moschee-Verbände in Erfahrung gebracht, dass es eine Art Rechtsanspruch auf Religionsunterricht gibt (Kap.7 GG). Ein Missverständnis. Es ist mitnichten ein Rechtsanspruch. Das ist ein Gestaltungsrahmen, der auf Gegenseitigkeit beruht. Und da werden drei Akteure genannt: Staat, Eltern und Religionsgemeinschaften. Die drei an einen Tisch zu kriegen, um einen Gesprächspartner zu haben, ist bei Muslimen ein bisschen schwierig, weil sie kulturell, ethnisch und sprachlich so diversifiziert sind und weil eine hierarchische Struktur der Kirche in der islamischen Theologie nicht vorgesehen ist. Es wird sehr viel auf dem *grass-root level* gemacht. Das Projekt in Erlangen hat seinen Ursprung nun in der Notwendigkeit einer strukturellen Verfestigung, einer Institution, sprich die Islamische Religionsgemeinschaft Erlangen.

Erlangen ist der Nachweis dafür, dass politische Deregulierung funktioniert. Wenn man also keinen bundesweiten Ansprechpartner findet, dass man trotzdem etwas auf der lokalen Ebene macht. Die Akteure sind da überschaubar und der Flurschaden ist geringer als bei einem Projekt auf Bundesebene, wenn es schief geht. Außerdem kommt man dem Staat entgegen, der immer wissen will, wer was unterrichtet (Fundamentalismus, Schläfer, Terroristen, menschenverachtende Ideologie). Die Islamdebatten zeigen, wie schnell dort Hysterie geschürt ist. Der Staat hat ein Interesse daran, dass wohlwollende Projekte auch funktionieren. Diese sollen nicht durch Rechtsklagen eingefordert werden. Deswegen erhebt das Erlanger Projekt nicht den Anspruch, Art.7 des GG zu sein. Der Religionsunterricht ist im Grunde genommen ein Ersatzfach für religiöse Unterweisung oder Ethik. Die Eltern müssen ihre Kinder zu diesem Unterricht anmelden, es ist nicht so, dass man zugewiesen wird. Die Eltern müssen das wollen. Der Elternwille ist sozusagen Ersatz für diese anerkannte Religionsgemeinschaft. Der Vorteil ist, dass dies eine vertrauensbildende Maßnahme ist zwischen Staat und Muslimen. Der Nachteil ist, dass sich diese Modellkonstellation verfestigt und die große Lösung nach Art. 7 aus dem Blick gerät, weil es ja so auch funktioniert. Und es gibt genügend gesellschaftliche Kräfte, die Art.7 komplett aushebeln wollen, siehe Brandenburg etc. Man darf Art.7 nicht aus dem Blick verlieren.

*Wie verlief die weitere Verwirklichung und welche Akteure haben mitgewirkt?*

Das kann man zunächst an der Lehrplankommission festmachen, die den Lehrplan für diesen Unterricht entwickelt hat. Vor zwei Jahren für die Grundschule und in diesem Jahr für die Hauptschule. Maßgeblicher Akteur ist die Universität Erlangen, die von Anfang an wissenschaftlich vertreten war am Unterrichtsprojekt. Außerdem Johannes Lähnemann von der evangelischen Theologie, Mathias Rohe von den Juristen, Hartmut Bobzin von den Islamwissenschaftlern und Philologen. Ich insofern, als ich in Bayreuth war und dort promoviert habe und in Nürnberg im WS 02/03 mitbeteiligt war an der Gestaltung des Lehrplans. Da lief der Schulversuch noch gar nicht. Zweiter wichtiger Akteur ist die islamische Religionsgemeinschaft Erlangen, die ohne ihren Chef, den Remzi Güneysu, nur eine halbe Religionsgemeinschaft wäre. Man braucht auf muslimischer Seite wirklich eine Integrationsfigur, der die muslimischen Eltern vertrauen. Mit einem wissenschaftlichen Referat über die Vorteile des Islamunterrichts wird die Gemeinschaft nicht mobilisiert. Diese schwierige Aufgabe hat Herr Güneysu geleistet. Andere Religionsgemeinschaften in anderen Städten kriegen das nicht auf

die Reihe. Es ist aber eine Voraussetzung für solch einen Schulversuch, zumindest auf regionaler Ebene. Weiterhin waren Lehrer und Lehrerinnen in der Kommission beteiligt, die beruflichen Input gegeben haben. Die Stadt Erlangen ist in sofern auch ein singuläres Ding, weil sie als Hugenottenstadt auf eine besondere geistige Tradition blickt, in der Freiheitlichkeit in weltanschaulichen Fragen eine besondere Rolle gespielt hat. Man hat hier ein besonderes Klima des Dialogs auch über schwierige Zeiten hinweg, was sich als tragfähig und krisenfest erwiesen hat. Dialogforen gibt es inzwischen ja unendliche zwischen Christentum und Islam. Vor allem diese abrahamitische Wagenburg von Christen, Muslimen und Juden. Das geht vollkommen an der Realität, besonders in globaler Hinsicht, vorbei. Aber sobald es kriselt, platzen diese Seifenblasen oft und Vertrauenskrisen entstehen durch Terroranschläge. Voraussetzung für Vertrauen ist Kommunikation, also dass auf kurzen Wegen hierarchiefrei kommuniziert werden kann. Die Stadt Erlangen hat Foren geschaffen, wo sich die Leute auf Augenhöhe unterhalten können. Ohne dieses Anerkennen, was dem Humanitätsideal der *égalité* entspricht, geht's nicht. Und dann haben auch Muslime das Gefühl, man redet nicht über sie, sondern mit ihnen. Und da machen wir mit. Das Gefühl, dass man nicht ernst genommen wird, ist entwürdigend. Man kann also von Muslimen nicht verlangen, dass sie partizipieren, wenn sie im Grunde als Reserverad mitgeführt werden. Und diesen Fehler haben die Erlanger von Anfang an nicht gemacht.

*Warum soll es islamischen Religionsunterricht geben und welche Alternativformen gäbe es überhaupt?*

Es gibt eine ganze Reihe von Alternativformen, aber ich muss das nun aus einer ganz bestimmten Perspektive beleuchten als Erziehungswissenschaftler und Theologe. Die Schule kann ohne Islamunterricht und der Islam kann ohne Schule. Die Erziehung ist aus dem Islam heraus zunächst einmal Teil der Familie. Das Wort Schule taucht im Koran gar nicht auf. Wenn wir von Schulunterricht sprechen, dann sprechen wir von ganz bestimmten Zielen, die in den Kompetenzbereich der Schule fallen, von dem wir sagen können, dass das Moscheen oder Elternhäuser nicht so gut hinbekommen wie eine Schule. Und in diesem Bereich liegt das Interesse des Staates, denn er hat den Religionsunterricht ja als einziges Fach im Grundgesetz verankert. Das heißt also, dass die Schule in diesem Bereich lernzielorientiert und formal strukturiert handelt. Man will also verhindern, dass diese Dinge informell zum Beispiel in Moscheen stattfinden. Die Verfassung spricht ja vom Bildungs- und Erziehungsauftrag. Das

ist sozusagen Erfahrungsbereich und Erkenntnis, die Kunde und die Verkündung, das Kenntnis und Bekenntnis, Wissen und Glauben. Es geht also darum, dass der schulische Religionsunterricht, auch wenn er bekenntnisorientiert ist, unmissverständlich dem Motto folgt: Ich verstehe, damit ich glauben kann und nicht umgekehrt. Das Vernunftprinzip kann hier in besonderer Weise greifen, weil die Schule einer Aufsicht unterliegt. Deswegen fassen viele muslimischen Eltern auch Vertrauen in die Institution Islamunterricht und schicken ihre Kinder nicht in die Moschee, aus ganz persönlichen Gründen. Das ist die Mehrheit der Muslime, bundesweit haben sie nicht mal 30 %, die in Moscheevereinen organisiert sind. Die große Mehrheit der Muslime ist nicht willens, regelmäßig in die Moschee zu gehen, weil die hier vertretenen Moscheevereine meistens immer mit einer politischen Meinung gekoppelt sind. Aus diesem Grund wünschen sich die meisten muslimischen Eltern, dass ihre Kinder ein Bildungsangebot bekommen, um zu erfahren, dass sie Muslime sind und warum sie es sind. Aber durch guten Unterricht und nicht durch politische Indoktrination. Und in diesem Zusammenhang ist die Schule nicht korrumpierbar. Es gibt Lehrpläne, die offen ausliegen, sodass man sagen kann, was Sache ist. Was zu Hause veranstaltet wird, steht auf einem anderen Blatt.

*Welchen konkreten Beitrag soll Islamunterricht zur Integration leisten?*

Der Beitrag könnte ja prinzipiell genauso schlecht sein wie katholischer oder evangelischer Religionsunterricht auch, bei dem man sagen könnte, das ist ein Bildungsangebot, welches nach Bekenntnis segregiert, bei dem Schüler aus dem Klassenverband herausgezogen werden. Das kann durchaus negativ aufgefasst werden, in dem Sinne, dass es die Dichotomie Wir und die Anderen noch verstärken könnte. Hier sehe ich den Religionsunterricht mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Ich erkenne an und sehe ein, dass die Festigung in einem eigenen religiösen Deutungssystem sinnvoll ist, wenn sie zu wertorientierten Handlungskonzepten führt. Und das ist nun mal Thema von Religion. Auch wenn Emile Dürkheim versucht hat, Religion und Moral zu trennen, um ihr nur noch den Glauben zuzuordnen. Man sollte aber durchaus sagen, dass die Religionen einen moralischen Beitrag parat haben zur Wertorientierung. Der mündige Bürger braucht nun mal eine Voraussetzung, auf der er steht. Die kann er alleine nicht liefern. Das ist ein persönlicher Bereich der Lebensdeutung. Zu dieser Schulung des Gewissens haben die Religionen sehr viel zu sagen. Deswegen kann ein guter Islamunterricht integrationsfördernd sein, ein schlechter wird sie torpedieren. Das heißt, im schulischen Kontext müssen sich die Früchte des Islamlernens auch im Schulleben bewähren. Aus der Religionsgruppe wieder hinaus in das Feld der Mitschüler. Seien es kooperative Pro-

jekte, in höheren Klassen auch Programme zur Suchtprävention, da lässt sich jedenfalls sehr viel machen. Wenn die Öffentlichkeit kapiert, dass Islamunterricht auf Augenhöhe mit christlichem Religionsunterricht stattfindet, dann kann man darauf zeigen und sagen: Das ist Normalität. Diese Normalität muss gerechtfertigt sein, also die Qualität des Curriculum muss gerechtfertigt sein. Deshalb legen wir Wert auf Diskursfähigkeit, deskriptiven und keinen normativen Unterricht, das Hinterfragen und die Historizität. Das sind Punkte, die frommen Muslimen wehtun können, weil man in gewisser Weise von einer anderen Seite an die Religion herangeht. Meine Studentenschaft honoriert das. Das sind Lernprozesse, aber die Studenten folgen diesem Prozess.

*Wie ist es zur Kooperation mit dem Interdisziplinären Zentrum für islamische Religionslehre gekommen?*

Das IZIR existiert ja praktisch nur virtuell. Es handelt sich hier um Namen, die für einige Fakultäten und Fachbereiche stehen. Dafür, dass das IZIR aber praktisch nur virtuell besteht, hat es aber ein paar sehr fruchtbare Ergebnisse hervorgebracht. Das IZIR wird also nur noch nach ihren Taten gemessen. Aus diesem Zentrum muss nach und nach der Charakter eines Instituts entstehen. Ein Großteil der Fragen bezieht sich nämlich auf den Islam als Gesamtphänomen. Wenn das IZIR weiterhin existieren soll, dann muss die Uni das richtig groß aufziehen, denn es gibt in Europa nur wenige *Think Tanks*, die diese Thematik interdisziplinär bearbeiten. Es wäre gut, sich daher ein Profil zu geben. Hier geht es nämlich auch um eine Konkurrenzsituation. Deswegen brauchen wir noch viel mehr Möglichkeiten, um das IZIR richtig auszubauen. Die Zukunft liegt in der Entscheidung der Universität. Es ist erst mal zeitlich begrenzt, das ist aber normal, wenn ein neues Fach eingerichtet wird. Wenn sich die gegenwärtigen Entwicklungen weiterhin aufrechterhalten, dann fragen wir in vier Jahren nicht danach, ob diese Professur weiterläuft oder nicht, sondern ob weitere Professuren dazukommen. Wenn man sich alle Ebenen mal anschaut, dann sind die Universitäten eigentlich die einzigen, die bei der Islamhysterie einen klaren Kopf behalten.

*Wie wurden die Inhalte des Studiums für die angehenden Lehrer entwickelt?*

Als erste Lehrveranstaltung hatten wir hier ein Kolloquium, an dem auch Johannes Lähmann, Mathias Rohe und Hartmut Bobzin teilgenommen haben. Damals wurde beschlossen, die Module fürs Studium diskursiv zu entwickeln mit den Studierenden. Wir sind mal durch-

gegangen und haben geschaut, was man als Religionslehrer alles so braucht. Wir haben auch einen Blick in die Türkei geworfen und in arabische Länder, um zu wissen, welche Kompetenzen geschult werden müssen. Es entstand eine vorläufige Modulstruktur, die in eine Probezeit geschickt wurde in der Zeit, als wir einen Gastprofessor aus der Türkei hier hatten. Ich habe dann die Erfahrungen zusammengetragen und den Studiengang noch mal komplett überarbeitet. Der wird demnächst auch publiziert und von der Website herunterladbar sein.

*Welche „Art“ von Studenten nehmen an diesem Studiengang teil?*

Ich hatte dieses Wochenende ein Blockseminar und es waren überraschend viele Studenten, nämlich 30. Ich habe eine Auswertung gemacht zu den Fächergruppen, die vertreten waren. Natürlich ist es geschlechtsmäßig gemischt und es gibt sowohl Muslime als auch Nichtmuslime. Es waren alle Lehrämter vertreten außer Grundschule, außerdem Magister, Diplom, Bachelor und Master. Wirtschaftswissenschaften, evangelische Theologie, Geographie, Politik, Geschichte, Romanistik und Soziologie. Auch Promotionsstudenten und Austauschstudenten aus der Türkei. Diese Mischung war grandios.

*Was soll mit dem islamischen Religionsunterricht vermittelt werden und was sind die Inhalte?*

Der Lehrplan ist genehmigt und ist erhältlich übers Kultusministerium. Es geht um die beiden Bereiche Erkenntnis und Erfahrung. Es sollen in der Grundschule Grundkenntnisse über den Islam als Religion und Lebensweise vermittelt werden. Das sind die berühmten 5 Säulen des Islams: Glaubensaussagen, Prophetengeschichten, Ethik, Glaubensfragen und das Zusammenleben in der Gesellschaft. Wir wollen die Dichotomie „Muslime und die Anderen“ komplett herunter brechen. Der Blick soll sich universal auf den Mitmenschen richten. Es kommt aber vor allem darauf an, zu religiöser Sprachfähigkeit zu erziehen. Wir haben ja hauptsächlich mit Kindern zu tun, die Deutsch als Zweitsprache erlernen. Die Kinder sollen lernen, sich mit ihrem nichtmuslimischen Umfeld zu verständigen. Damit soll auch verhindert werden, dass es zur Festigung von Klischees über den Islam kommt, bei der die aktuelle Debatte über die Unterschicht und allgemein die Kriminalität und Asylanten nicht gerade hilfreich ist. Sprachliche Kommunikation ist der wichtigste Schritt in Richtung Toleranz.

*Wie hat man sich im Islam über die verschiedenen Glaubensströmungen hinsichtlich des Unterrichts geeinigt?*

Man kann hier nicht prinzipiell von Glaubensströmungen sprechen. Wir sprechen hier von mehr als einer Milliarde Muslimen weltweit und unter Muslimen gibt es eine Pluralität von Traditionen. Das trifft die Sache besser. Die Weichenstellungen hinsichtlich dieser Pluralität haben sich historisch verfestigt. Das sind aber keine Denominationen in christlichem Sinne. Es gibt sunnitische oder schiitische Moscheen, aber keine Grundsatzproblematik wie im Christentum, ob nun evangelische Kinder an der katholischen Kommunion teilnehmen oder Ähnliches. Es gibt also keine religiösen Schisma. Es gibt verschiedene Vorstellungen über die Legitimation politischer Herrschaft, aber die Weichenstellungen wurden ja schon in der dritten Generation nach Mohammed gelegt. Die muslimischen Rechtsschulen sind auch kleine Glaubensrichtungen, sie versuchen, die praktische Dimension des Islams zu generieren. Aber wie man dann später damit umgeht, hängt von der Kultur ab, in der man lebt. Mit der Nahostdebatte und dem Irak wird aber der Eindruck erweckt, dass es sich hier um so eklatante Unterschiede handelt, dass man ein Land teilen muss. Und hier würde ich die Frage zurückwerfen, wer denn eigentlich davon profitiert. Dann rücken nämlich andere Kräfte in den Fokus.

*Wie wird der Koran als Unterrichtswerk gehandhabt?*

Der Koran ist nicht Unterrichtswerk, genauso wenig wie die Bibel Unterrichtswerk ist. Der Koran ist die Schriftgrundlage des Islams, genau wie die Bibel fürs Christentum. Und sie können einen Gewalttext, im Alten Testament Josua, genauso wenig in der Grundschule einsetzen, wie eine dementsprechende Passage aus dem Koran. In der Oberstufe, wo man differenziert betrachten kann, sieht das anders aus. Es liegt zunächst an der didaktischen Analyse und man muss sich fragen, was die Kinder in ihrem Alter und ihrer Lebensweise brauchen. Ich bin der Meinung, dass Kinder es gut gebrauchen können, wenn sie eine kleine Sure aus dem Koran lesen, der ihnen z.B. die Angst vor dem Einschlafen nimmt. So genannte Schutzsuren, die durchaus auch einen therapeutischen Zweck haben. Oder die Frage, wo eigentlich im Koran steht, dass es nur einen Gott gibt, der Allah genannt wird. Den Kindern allein klarzumachen, dass Allah nicht der türkische Eigenname für Gott ist. Das ist für Kinder ein unglaublicher Lernschritt.

*Welche Resonanz gibt es von Eltern hinsichtlich des Islamunterrichts?*

Bei den muslimischen Eltern gibt es eine starke positive Resonanz, weil sie sich als Vorreiter des Projekts fühlen. In anderen Bundesländern gibt es auch Abmeldungen vom Unterricht,

weil den Eltern der Unterricht qualitativ nicht gut genug ist. Man muss abwarten, wie das Projekt an der Hauptschule anläuft, denn da wird man einen anderen Ansatz brauchen. Kollegen, die den Unterricht unterrichten, berichten davon, dass muslimische Kinder, die am Islamunterricht teilnehmen, wesentlich ruhiger und ausgeglichener sind. Sie sind weniger in Aggressivitäten verwickelt und sind leistungsorientierter in den relevanten Hauptfächern.

*Sind Integrationserfolge messbar durch den Unterricht?*

Die größere Leistungsorientierung in den anderen Fächern ist schon ein großer Integrationserfolg. Denn es gibt eine Beziehung zwischen Anstrengung und Erfolg. Schon der Koran sagt, dass man für seinen Erfolg etwas tun muss und sich nicht auf sein Schicksal verlassen sollte. Bei Schulerfolgen, die ja in Noten gemessen werden, ist es wichtig, dass Kinder erfahren, dass Anstrengung sie weiterbringt und nicht Glück oder Sympathie. Und wenn wir Muslime dazu bringen, auch in prekären Situationen ihr Leben aktiv in die Hand zu nehmen, welche bessere Integration kann es geben, die zukunftswirksam ist? In der Erziehungswissenschaft können wir das nur an den Parametern Lern- und Arbeitsverhalten festmachen. Und zwar vorm Islamunterricht und danach. Das ist die Mikro-Ebene, aber auch die entscheidende Ebene.

*Soll das Projekt ausgeweitet werden?*

Ja, soll es. Zunächst in eine andere bayerische Stadt, wobei Nürnberg die nächstliegende ist. Die Vorgespräche laufen.

*Kann das Projekt Modell für andere Bundesländer sein?*

Ist es schon. Baden-Württemberg hat mit 12 Schulen angefangen, bei dem unser Projekt Modell ist.

*Warum gibt es keine Unterstützung durch die türkische Republik und die D.I.T.I.B.?*

Das müssen sie die fragen. Ich weiß viel darüber, aber ich sag nichts dazu.

*Wie werden andere Religionen im Islamunterricht miteinbezogen?*



Der Unterricht ist interkulturell und interreligiös angelegt. Die Interreligiösität ist Hauptprinzip im Lehrplan. Das war uns sehr wichtig und ist auch das, was die Eltern eigentlich erwarten. Das bewährt sich aber auch. Der Lehrer besucht zum Beispiel mit den Kindern auch eine Kirche. Es wird auch mit den anderen Kollegen des christlichen Unterrichts diskutiert und besprochen, was gegenseitig im Unterricht gemacht wird. Das funktioniert sehr gut.